



## Die Menschenrechtsslage in den Nordkaukasusrepubliken

Tschetschenien. Inguschetien. Dagestan.



**Memorandum  
der Gesellschaft für bedrohte Völker – Juni 2010 (2. Aufl.)**

### **Gesellschaft für bedrohte Völker**

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat  
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

---

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - London - Luxemburg -  
New York - Sarajevo/Srebrenica - Wien

## Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024  
D-37010 Göttingen  
Telefon ++49 (0)551 49906-0  
Fax ++49 (0)551 58028  
info@gfbv.de  
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

### **Impressum:**

Text: Sarah Reinke  
Titelfoto: Flüchtlinge in Inguschetien, © Sarah Reinke/GfbV  
Redaktion: Katja Wolff  
Layout: Hanno Schedler  
Auflage: 2. überarb. u. ergänzte Auflage: Juni 2010; Erstauflage: November 2009  
Preis: 2,50 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV) im Juni 2010**

## Inhaltsverzeichnis

### **Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken.**

Tschetschenien. Inguschetien. Dagestan.

1. Einleitung .....	4
2. Forderungen an die Bundesregierung .....	7
3. Tschetschenien .....	8
3.1. Aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen .....	9
3.2. Situation der Frauen in Tschetschenien .....	12
3.3. Binnenflüchtlinge in Tschetschenien .....	13
3.4. Gesundheitsversorgung und Schulen .....	13
4. Inguschetien .....	15
5. Dagestan .....	18
6. Anhang .....	21
6.1. Offener Brief russischer Oppositioneller .....	21
6.2. Liste der Protestaktionen in Russland .....	24
6.3. Chronologische Liste ermordeter Menschenrechtsverteidiger .....	35
7. Quellen .....	41

### 1. Einleitung

In den drei Nordkaukasusrepubliken Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan herrschen praktisch bürgerkriegsähnliche Zustände. Beinahe täglich werden Selbstmordattentate oder Sprengstoffanschläge verübt, es kommt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Kämpfern, die sich aus islamistischen Gruppierungen rekrutieren. Darauf antworten die Regierungen mit Gegengewalt.

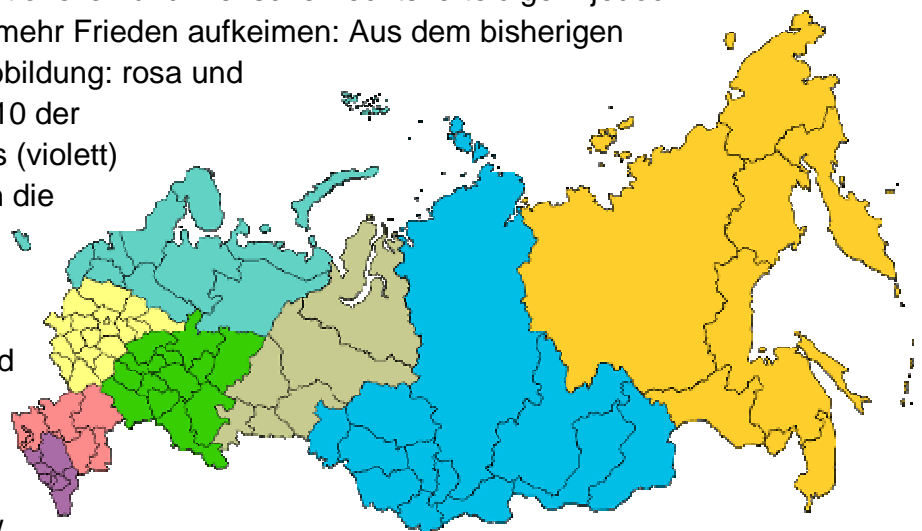
In Tschetschenien wurden 2009 bei 58 Anschlägen 280 Menschen getötet, in Inguschetien starben 319 Menschen bei 49 Terroranschlägen. Die Welle der Gewalt ist inzwischen auch in die Republik Dagestan übergeschwappt und nimmt dort immer weiter zu. Allein im März 2009 kamen bei Gefechten 21 Menschen ums Leben. Auch kleinere Republiken, die bislang nicht so sehr vom Terror in Mitleidenschaft gezogen worden waren, sind inzwischen Ziel der Terroristen: In *Karbadino-Balkarien* starben 23 Menschen, in *Karatschewo-Tscherkessk* vier Personen.

Die entsetzlichen Terroranschläge auf die Moskauer Metro vom 29. März 2010, denen 40 Menschen zum Opfer fielen, haben den Nordkaukasus sowie die russische Politik in dieser Region ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gerückt. Nur wenige Wochen nach den Anschlägen ist es jedoch wieder still geworden um Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien. Russland hat seine Politik im Nordkaukasus nicht nachhaltig verändert.

Eine Neuerung ließ unter Oppositionellen und Menschenrechtsverteidigern jedoch leise Hoffnung auf ein bisschen mehr Frieden aufkeimen: Aus dem bisherigen Föderationsbezirk Süd (siehe Abbildung: rosa und violett) wurde Anfang Januar 2010 der Föderationsbezirk Nordkaukasus (violett)

herausgelöst. Dazu gehören nun die Teilrepubliken Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien, Nordossetien und Tschetschenien sowie Stawropol. Verwaltungszentrum ist die Stadt Pjatigorsk. Russlands Präsident Medwedew

ernannte Aleksandr Chloponin zu seinem Vertreter in dem neuen Föderationsbezirk und zugleich zum Vizeregierungschef. Mit Chloponin wurde erstmals ein Zivilist in diesen Rang befördert. Er war bereits Gouverneur in Krasnojarsk und gilt als Wirt-



## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

---

schaftsfachmann. Laut eigener Aussage will er das „Armenhaus“ Russlands wirtschaftlich aufbauen und eine Perspektive insbesondere für junge Menschen schaffen. Noch wird bezweifelt, dass er über genügend Kompetenzen verfügt, um tatsächlich Reformen durchzusetzen. Bei einem Treffen von Nordkaukasusexperten, darunter einige Menschenrechtler, mit Präsident Medwedew am 19. Mai 2010 hatten die Anwesenden Gelegenheit, dem Präsidenten ihre Sicht der Dinge vorzutragen.

Trotz dieser positiven Entwicklung sendet Moskau negative Signale aus: Zu seinem Besuch in der Ukraine Mitte Mai 2010 nahm Präsident Medwedew Ramzan Kadyrow mit, obwohl dieser wenige Wochen zuvor von österreichischen Behörden in direkten Zusammenhang mit dem Mord an Umar Israilov, einem tschetschenischen Flüchtling in Wien, gebracht wurde. Russische Medien mutmaßten, Medwedew wolle Kadyrow im Ausland salonfähig machen.

In Russland selbst regt sich immer mehr Widerstand gegen das autoritäre Regime, das unter Wladimir Putin, dem heutigen Premierminister, aufgebaut wurde. Über 41.000 Menschen unterzeichneten einen offenen Brief, in dem die politische Lage schonungslos analysiert und Putin zum Rücktritt aufgefordert wird (s. Anhang S. 21). Auch auf landesweiten Demonstrationen werden die Missstände im Land immer wieder angeprangert. Eine Liste (s. Anhang S. 24) macht deutlich, dass gleich mehrere Themen viele Menschen in der Russischen Föderation auf die Straße treiben.

An der konkreten Situation im Nordkaukasus hat dies jedoch nichts geändert. Ein Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte ist dort nach wie vor beinahe selbstmörderisch.

In den letzten Monaten ist die Zahl der Morde, Drohungen und Schikanen gegen Menschenrechtler und Journalisten massiv angestiegen: Am 25. Oktober 2009 wurde der bekannte Oppositionelle Maksharip Aushev während einer Reise in die Nordkaukasus-Republik Kabardino-Balkarien erschossen; am 11. August 2009 wurde der Journalist Malik Akhmedilov, Herausgeber einer in Dagestan ansässigen Zeitung, tot in seinem Auto in Dagestans Hauptstadt Makhachkala aufgefunden; am 10. August wurden die tschetschenische Aktivistin Zarema Sadulayeva und ihr Ehemann Alik



Dzhabrailov rechtswidrig inhaftiert und am folgenden Tag tot aufgefunden, die Eheleute waren vor der Ermordung gefoltert worden; am 15. Juli wurde Natalia Estemirova, die im tschetschenischen Büro von Memorial arbeitete, in Grozny entführt und später am selben Tag tot im benachbarten Inguschetien aufgefunden. Zusätzlich zu diesen Morden wurde in der Nacht des 19. Augusts ein Brandanschlag auf das Büro der Organisation „Mütter Dagestans“ verübt. Im Herbst 2009 verteilten Unbekannte Flugblätter in Dagestan, auf denen zu Angriffen auf Menschenrechtsaktivisten aufgerufen wird. Die russischen Machthaber sträuben sich nicht nur, gegen die Täter gründliche Ermittlungen durchzuführen, sondern machen das Land systematisch mundtot. (Chronologische Auflistung ermordeter Menschenrechtsverteidiger s. S. 35)

Viele Menschenrechtsverteidiger sehen in dieser Situation nur einen Ausweg: die Flucht ins Ausland, um sich in Sicherheit zu bringen. Seit dem Mord an Natalja Estemirova mussten vier Memorial-Mitarbeiter Tschetschenien wegen drohender Gefahr für Leib und Leben verlassen. Die Organisation Memorial hat sich mit anderen Initiativen zusammengeschlossen und mobile Einheiten gebildet, die in Tschetschenien Informationen über Menschenrechtsverletzungen sammeln und veröffentlichen. Auch deren Mitarbeiter wurden schon festgenommen und Material konfisziert. Verzweiflung und Ohnmacht hat die russischen Menschenrechtler ergriffen – denn ihr Land wird systematisch mundtot gemacht. Auch sie spüren ihre eigene Bedrohung jeden Tag mehr.

## 2. Forderungen an die Bundesregierung

- Bei allen offiziellen Gesprächen zwischen Vertretern Russlands und der deutschen Regierung oder deutschen Parlamentariern müssen Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtslage in Russland, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit der Menschenrechtsverteidiger in der Russischen Föderation geäußert werden.
- Die deutsche Regierung muss regelmäßig Informationen zum aktuellen Stand der Ermittlungen gegen Mörder von Menschenrechtsaktivisten von der Russischen Föderation verlangen.
- Die Bundesregierung soll gefährdeten Menschenrechtsverteidigern Schengen-Visa zur Mehrfach-Einreise ausstellen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.
- Opfer und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen, die sich an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg wenden, tragen viel zur Aufklärung der Verbrechen bei und müssen geschützt werden. In Russland sind sie in Gefahr. Deutschland muss ihnen – genau wie alle anderen EU-Mitgliedsstaaten – helfen, ein schnelles, unbürokratisches Asyl zu erlangen.
- Die Bundesregierung muss bei der russischen Regierung darauf drängen, die über 115 Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs zügig durchzusetzen. Denn nach den Straßburger Urteilen müssten zahlreiche Ermittlungsverfahren in Russland neu aufgerollt werden. In den Fällen, wo die Namen der Täter bekannt sind, müssen unverzüglich Strafverfahren aufgenommen werden.
- Die Bundesregierung muss von Russland die Öffnung des Nordkaukasus für unabhängige Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und Experten internationaler Organisationen wie der OSZE, die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die UN (Sonderberichterstatter) einfordern.

### 3. Tschetschenien

Die russische Regierung erklärte den Krieg in Tschetschenien 2000 offiziell für beendet, obwohl noch zehntausende russische Soldaten dort stationiert waren. Sie bezeichnete deren Aktivitäten dort als „Antiterror-Operation“. Am 16. April 2009 erklärte sie auch diese Operation in Tschetschenien für beendet.

Dennoch prägten eine **drastische Zunahme der Gewalt und eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage** die Republik im Jahr 2009. Von einer Verdopplung der Terroranschläge spricht zum Beispiel die russische Menschenrechtsorganisation Memorial. Denn einerseits verstärkten die Mitglieder kämpfender Verbände ihre Aktivitäten, auf der anderen Seite verschärften Polizei, Miliz und Militär ihre Gegenmaßnahmen. Dabei kam es immer wieder auch zu groben Menschenrechtsverletzungen an Zivilisten wie durch willkürliche Verschleppungen, Inhaftierungen, Folter und anderen erniedrigenden Behandlungen sowie Hinrichtungen und Strafaktionen wie das Niederbrennen von Häusern.

Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und andere, die sich für die Opfer staatlicher Gewalt einsetzen, werden systematisch schikaniert, bedroht und ermordet. Trotz wiederholter Versprechen von Russlands Präsident Dmitri Medwedew wurde die Strafverfolgung von Tätern entweder nur sehr schleppend oder gar nicht aufgenommen. Somit herrscht eine weitgehende Straflosigkeit für Verbrechen an Zivilisten und Menschenrechtsverteidigern. Es gibt heute in Tschetschenien eine kleine Gruppe von etwa zehn unabhängigen tschetschenischen Menschenrechtsorganisationen, die versuchen, trotz widrigster Bedingungen weiterzuarbeiten. Häufig schließen sie sich zusammen, um Opfer von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu verteidigen, um Verschwundene zu suchen oder bei den zuständigen Behörden vorzusprechen.

Bei einem Treffen mit Präsident Medwedew am 19. Mai 2010 fasste die Memorial-Mitgründerin Swetlana Gannuschkina die Stimmung in Tschetschenien folgendermaßen zusammen: *„Die tschetschenische Bevölkerung lebt in ständiger Angst. Diese Angst können wir nur mit der Angst vergleichen, in der die Bevölkerung der UdSSR während der Jahre des stalinistischen Terrors gelebt hat. Solch eine Situation haben wir hier nicht einmal während des Krieges gehabt.“* Gannuschkina beschrieb in diesem Gespräch auch die Methoden der russischen Terrorbekämpfung: Es gäbe die Vorannahme einer Kollektivschuld, einer kollektiven Verantwortung für die terroristischen Verbrechen – und als Antwort der Regierung eine kollektive Bestrafung.

**2009 wurden in Tschetschenien bei 58 Anschlägen 280 Menschen getötet.** Neun dieser Terroranschläge wurden von Selbstmordattentätern verübt.



Kämpfer, dazu zählen auch mutmaßliche oder ehemalige Kämpfer, sowie ihre Angehörigen und vermutete Unterstützer sind praktisch vogelfrei. Jederzeit besteht die Gefahr, dass sie willkürlich getötet, festgenommen, gefoltert oder ihre Häuser niedergebrannt werden. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat über 30 Fälle von Niederbrennen von Häusern von Angehörigen mutmaßlicher Kämpfer dokumentiert. Dass diese Kollektivbestrafungen durchaus beabsichtigt sind, zeigen Äußerungen des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrow. Dieser betonte mehrfach, dass nicht nur die Kämpfer selbst „büßen“ müssten, sondern auch ihre Familien und ihr gesamter „Teip“ (Clan). Im August 2008 betonte er im Fernsehen, dass die „Familien, deren Verwandte in den Wäldern sind, Komplizen“ seien. Seiner Meinung nach seien sie „auch Terroristen und Extremisten“.

Das folgende Beispiel zeigt, dass selbst ein vermuteter Kontakt zu mutmaßlichen Kämpfern zu einer existentiellen Bedrohung werden kann. Ein junger Mann vermietete seinen Wagen an jemanden, der diesen für Taxifahrten einsetzte. In diesem Zusammenhang soll der Fahrer mit einem mutmaßlichen Kämpfer gesprochen haben. Dem Besitzer des Wagens, der keinen direkten Kontakt hatte, drohen nun Verhaftung, Folter und möglicherweise sogar der Tod, sodass seine Ausreise aus Tschetschenien unbedingt erforderlich erscheint.

Die **Zahl der Verschwundenen** lag nach Angaben der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial allein **von Januar bis Juli 2009 bei 35 Personen**, fünf von ihnen wurden später tot aufgefunden. Im gesamten Jahr 2008 hatte Memorial „nur“ 42 solcher Fälle gezählt.

Ein weiteres Problem sind die rund 20.000 Tschetschenen, die in russischen Gefängnissen festgehalten werden. Häufig ist sogar ihre Identität unklar und die Angehörigen wissen nicht, wo sich die betroffene Person befindet – ob noch in Tschetschenien, in russischer Haft oder ob sie schon tot ist. Viele der Inhaftierten wurden aufgrund fingierter Beweise in unfairen Gerichtsverfahren verurteilt. Obwohl es das russische Gesetz vorsieht, dass die Inhaftierten höchstens 600 km von ihrem ehemaligen Wohnort entfernt in Haft gehalten werden dürfen, sind viele Tschetschenen in weit entfernten Haftanstalten, wo sie Opfer systematischer Folter und menschenunwürdiger Behandlung werden.

Aus Angst vor Schikanen wenden sich die Opfer von Menschenrechtsverletzungen immer seltener an Polizei, Staatsanwaltschaft oder Menschenrechtsorganisationen. Prozesse in Tschetschenien dauern üblicherweise lange und sind für die Betroffenen teuer. Korruption steht auch hier auf der Tagesordnung. Die inzwischen **über 115 Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EMRG) in**

**Straßburg gegen Russland werden nicht umgesetzt.** Bis heute wurde kein Täter, dem in diesen 115 Urteilen Verbrechen zur Last gelegt worden waren, verurteilt (HRW, 2009). Die russische Regierung hat deshalb vom EMGR bereits eine Mahnung erhalten.

### 3.1. Aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen

In den vergangenen Monaten wurden mehrere Jugendliche in Tschetschenien entführt. Der jüngste Vorfall ereignete sich am 13. Mai 2010: Auf dem Gelände der Schule Nr. 10 im Grosnyer Bezirk Staropromyslawski bedrohten drei Männer in Tarnkleidung einen Jugendlichen mit Waffen, überwältigten ihn und zerrten ihn in einen Wagen. Einer der Augenzeugen berichtete, der Wagen sei vom Typ VAZ-2114 gewesen. Bislang ist nur der Name des Entführten, Aslan, bekannt. Er soll schon einmal entführt und gefoltert worden sein. Aslan ist 18 Jahre alt. Menschenrechtler, die anonym bleiben wollen, gehen davon aus, dass die tschetschenischen Sicherheitsbehörden unter Präsident Kadyrow für diese Entführung verantwortlich sind.

Am 22. April 2010 wurde Tamerlan Ajsaewitsch Gajteew (geb. 1983) in Grosny von Geheimdienstmitarbeitern verschleppt: 30 Mitarbeiter fuhren in sieben bis acht Fahrzeugen vor dem Haus der Familie vor. Sie drangen gewaltsam in das Haus ein, schossen in die Luft und auf den Boden. Eine schwangere Frau aus der Familie wurde von einem der Mitarbeiter geschlagen, sie fiel hin. Mehrere kleine Kinder waren zu Hause. Tamerlan, der psychisch erkrankt ist, floh, als er die Schüsse hörte, auf die Straße. Die Geheimdienstmitarbeiter eröffneten auf ihn das Feuer und verletzten ihn mit zwei Schüssen am Bein. Als Vischan, der ältere Bruder Tamerlans, ihm zu Hilfe eilen wollte, zerrten ihn die Geheimdienstmitarbeiter in ein Auto und fuhren weg. Vischan fand heraus, dass Tamerlan im Krankenhaus Nr. 9 sein soll. Dort wurde ihm der Zugang zu seinem Bruder verwehrt. Später am Tag kamen nochmal Mitarbeiter des Geheimdienstes zu der Familie. Sie wollten den Computer der Familie mitnehmen. Von ihm aus soll Tamerlan Kontakt zu Kämpfern gehabt haben. Die Familie bestritt dies und verlangte Beweise für diese Behauptung. Die Geheimdienstmitarbeiter behaupteten, Tamerlan habe vor seiner Festnahme auf einen der Mitarbeiter geschossen, daher würde er nun angeklagt. Die Familie fürchtet, gegen Tamerlan könnte ein Verfahren mit fingierten Beweisen eingeleitet werden und beauftragte deshalb einen Rechtsanwalt. Noch immer wird es der Familie verwehrt, Tamerlan zu sehen. Er war im August 2008 schon einmal festgenommen und brutal gefoltert worden. Seitdem litt er unter Anfällen, er begab sich in Behandlung. Über diese Festnahme sprach die Familie nicht, da Tamerlan gedroht worden war, er und seine Familie würden darunter leiden müssen. Tamerlan ist verheiratet und hat eine zweijährige Tochter.

Am 12. April 2010 wurde Chizir Isaevitsch Tschitschkanow (geb. 1963) aus Sernowodsk verschleppt. Ende August hatte sich Tschitschkanows Sohn Muslim aus erster Ehe, geb. 1988, den Kämpfern angeschlossen. Auch aus diesem Grund verließ Hizir Tschitschkanow Tschetschenien und zog mit seiner zweiten Frau nach Saratow. Anfang April 2010 wurde er dort von Geheimdienstmitarbeitern aufgesucht, die ihn aufforderten, nach Tschetschenien zurückzukehren. Am 11. April 2010 kehrte er also in sein altes Dorf Gechi zurück. Um 6:30 Uhr am nächsten Morgen wurde er von maskierten Personen in Kampfanzügen aus seinem Haus geholt. Sie fesselten ihm die Hände, stülpten ihm einen Sack über den Kopf und prügelten ihn zu einem Auto. Nach etwa drei Stunden Fahrt hielten sie in einem Waldstück und begannen, ihn zu befragen. Erst zeigten sie ihm Fotos von getöteten Kämpfern, dann fragten sie ihn nach seinem Sohn. Er sagte, dass er Muslims Aufenthaltsort nicht kenne. Die Männer wussten, dass Muslim sich telefonisch mit einem entfernten Verwandten in Norwegen in Verbindung gesetzt hatte. Die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste forderten Tschitschkanow auf, mit seinem Sohn in Kontakt zu treten und ihn zu drängen, sich den Behörden zu stellen, sonst würden sie sich nicht nur mit dem Sohn, sondern auch mit ihm selbst weiter befassen, drohten sie. Er solle sich nicht aus seinem Dorf bewegen, jede Minute könnten Mitarbeiter des Geheimdienstes zu ihm kommen. Wieder wurde ihm ein Sack über den Kopf gezogen und er wurde zurück ins Dorf gefahren.

Am 9. April 2010 wurde Lechi Usamovitsch Bataev (geb. 1936) erschossen, als er gerade am Grab seines ältesten Sohnes auf dem Friedhof in Urus-Martan stand. In der Hand hielt er den Koran. Zeugen haben gesehen, wie jemand maskiert und im Kampfanzug an diesem Morgen zur Tatzeit vom Friedhof kam. Die Familie des alten Herrn ist entsetzt. Bataev sei ein friedlicher Mann gewesen, während der Sowjetzeit habe er einen landwirtschaftlichen Betrieb geleitet.

Am Abend des 7. Juli 2009 kam der Leiter der örtlichen Miliz des Gebietes Kurtschaloi ins Dorf Achkinschu-Barzoi zu einer Familie und fragte nach dem Vater Rizvan. Er war nicht zu Hause, seine Tochter musste dem Polizisten die Telefonnummer des Vaters geben. Kurz darauf bauten Polizisten im benachbarten Dorf Dschururty einen Kontrollposten auf, an dem sie am Abend Rizvan Albekov und dessen Sohn Aziz festnahmen. Gegen Mitternacht fuhren Männer in Tarnanzügen ins Dorf Achkinschu-Barzoi. Sie drehten mehrere Runden im Dorf, dann hielten sie an einem zentralen Platz, wo sich junge Leute versammelt hatten. Sie zogen Rizvan, der nur noch in Unterwäsche bekleidet war, aus ihrem Wagen und fragten, ob er den Kämpfern geholfen hätte. Er verneinte. Daraufhin schossen sie mehrere Male auf ihn. Den Umstehenden sagten sie, das Gleiche würde mit all jenen passieren, die Kämpfer unterstützten. Die Zeugen dieser Hinrichtung waren entsetzt. Die Familie des Opfers wandte sich aus Angst um das Schicksal des Sohnes Aziz an die örtliche Staatsanwaltschaft. Von ihm fehlt bis heute jede Spur.

Am 18. Juni 2009 gegen fünf Uhr morgens fuhren tschetschenische Sicherheitskräfte vor den Häusern der Familie Bajzuev im Dorf Engel-Jurt vor. Der Sohn Said-Magomed Bajzuev hatte sich am bewaffneten Kampf beteiligt. Die Sicherheitskräfte stürmten das Haus der Eltern, holten den 1935 geborenen Vater Sajd-Magomed sowie die Mutter Nurschan heraus, nahmen ihre Pässe an sich und zündeten die beiden Häuser der Familie an. Sie holten das Vieh aus dem Stall und setzten diesen ebenfalls in Brand. Die Polizisten und Milizen warteten, bis Häuser und Stall bis auf die Grundmauern heruntergebrannt waren. Gleichzeitig statteten Kollegen den Schwestern von Schejch-Achmed einen Besuch ab. Sie leben mit ihren Familien in eigenen Häusern im selben Ort. Sie warnten und beschimpften die Frauen. Einer der Sicherheitsleute schlug Medni, die jüngere Schwester, ins Gesicht.

Am 8. Juni 2009 verschwand Selimchan Chadschiev (geb. 1970) in Grosny. Er verließ seine Wohnung gegen elf Uhr am Vormittag und kehrte nicht nach Hause zurück. Am Abend desselben Tages kamen Mitarbeiter eines unbekanntes Sicherheitsdienstes ins Haus und führten eine Hausdurchsuchung durch. Auf Fragen von Selimchans Vater, wo sein Sohn sei, bedrohten die Männer ihn mit ihren Waffen und beschimpften ihn. Der Vater wandte sich an die zuständige Polizeiwache. Polizisten kamen vorbei und sahen sich im Haus der Familie um. Am selben Tag teilte ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei der Familie Chadschiev mit, Selimchan würde am darauffolgenden Tag freigelassen werden. Dies ist bis heute nicht geschehen.

### 3.2. Situation der Frauen in Tschetschenien

Besondere Sorge bereitet der Gesellschaft für bedrohte Völker die Situation der Frauen in Tschetschenien. Seit dem Amtsantritt von Tschetscheniens Präsident Ramzan Kadyrow im Mai 2007 hat sich **ihre Lage drastisch verschlechtert**, junge Frauen sind praktisch Freiwild.

Eine Meldung von Anfang Juni 2010 verdeutlicht dies: Maskierte Unbekannte in Kampfanzügen haben in den letzten Tagen junge Frauen in Grosny (Tschetschenien) aus fahrenden Autos heraus mit Farbpatronen beschossen, wenn diese keine Kopfverschleierung trugen. Mindestens drei solcher Fälle sind durch Aussagen von Augenzeugen belegt. Die Täter fuhren lachend in den Autos davon, wenn die betroffenen Frauen versuchten, ihre Identität zu klären. Eine junge Frau musste mit einem Trauma in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (Kavkaz Uzel, 9.6.2010)

Im Alltag wird zunehmend Druck auf Frauen ausgeübt:

- Zu Beginn des Jahres 2007 gab es eine offizielle Initiative, den Frauen ihre Mobiltelefone abzunehmen. Die Telefone würden die Moral der Frauen verderben und es ihnen ermöglichen, frei mit Männern zu telefonieren, lautete die Begründung.
- Ende 2007 und Anfang 2008 wurde auf Frauen Druck wegen ihrer Kleidung ausgeübt. An öffentlichen Orten sollten sie nicht ohne Kopftuch und ein langes Kleid auftreten. Die obige Meldung zeigt, dass diese Diskussion nicht abgeschlossen ist.
- Zusätzlich wurde Männern die Polygamie erlaubt.

Glücklicherweise wurde – wohl aus Moskau – gegen diese Initiativen interveniert, so dass sie nicht vollständig umgesetzt werden konnten. Trotzdem werden Frauen, deren Kleidung nicht den Regierungsvorgaben entspricht, immer wieder in Bussen und auf Straßen angesprochen, beleidigt und dazu aufgefordert, ein Kopftuch zu tragen. Dies verdeutlicht die Stimmung innerhalb der Gesellschaft und zeigt, welche Schikanen gerade junge Frauen zu erleiden haben.

Dies macht beispielsweise der Fall der Ermordung von acht Frauen am 27. November 2008 deutlich. Alle waren durch Kopfschüsse oder Schüsse in die Brust regelrecht hingegrüßt worden. Nach dem Fund der Leichen behaupteten Regierungsvertreter, bei den Opfern habe es sich um Prostituierte gehandelt. Zwei der Frauen waren jedoch verheiratet und hatten jeweils zwei Kinder. Ihre Familien richteten eine traditionelle Beerdigung aus, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn die Frauen „Schande“ über die Familie gebracht hätten. Ein weiteres Opfer war eine geistig behinderte Frau, die laut Zeugnisaussagen seit langem immer wieder von unterschiedlichen Männern vergewaltigt worden war. Nach einer dieser Vergewaltigungen wurde sie ermordet. Diese Vorfälle wurden nicht strafrechtlich untersucht, bislang wurden auch keine Tatverdächtigen festgenommen.

Ramzan Kadyrow betont öffentlich, dass Männer in der Familie das Recht hätten, ihre Frauen und Töchter zu schlagen oder gar zu töten, sollten diese sich nicht an die muslimischen Regeln halten. Die Tradition des Brautraubs hat eine verhängnisvolle Renaissance erfahren. Eine Umfrage unter 200 Frauen ergab, dass die Ehe von 80 Prozent von ihnen durch Brautraub entstanden ist.

### **3.3. Binnenflüchtlinge in Tschetschenien**

Der UNHCR schätzt, dass im gesamten Nordkaukasus 74.000 Binnenflüchtlinge noch immer keine neue Heimat gefunden haben. 54.000 von ihnen sollen sich in Tschetschenien aufhalten. Während der UNHCR angibt, dass ein Mangel an angemessenen Woh-

nungen und Arbeitsmöglichkeiten sie daran hindert, nach Tschetschenien zurückzukehren, begründen die Flüchtlinge im Süden Tschetscheniens ihre Entscheidung meist mit der Sicherheitslage in ihrer Heimat und Traumata, die während des Krieges verursacht wurden.

### **3.4. Gesundheitsversorgung und Schulen**

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Tschetschenien kann von den zuständigen staatlichen Stellen nicht gewährleistet werden. Die Krankenhäuser sind nur spärlich ausgestattet, die Ausbildung des medizinischen Personals ist mangelhaft, es gibt zuwenig Spezialisten. In den Dörfern ist die Versorgung besonders schlecht. Medikamente sind teuer. Gerade die Gesundheitsvorsorge für Kinder, Jugendliche und Frauen bleibt weit hinter dem russischen Standard zurück.

Krankheiten wie Tuberkulose und Aids breiten sich schnell aus, weil keine Prävention betrieben wird und die Krankheiten nicht angemessen behandelt werden können. Psychische Erkrankungen und Traumata sind als Auswirkung der Kriege weit verbreitet. 80 Prozent der Kinder in Tschetschenien benötigen psychologische oder psychotherapeutische Hilfe (UNICEF 2006). Es gibt zwar hierfür einige Hilfsprogramme, jedoch nicht genügend Spezialisten auf diesem Gebiet.

Der bekannte tschetschenische Chirurg Chasan Baiev, der als erfolgreicher plastischer Chirurg in den USA lebt, jedoch nach Tschetschenien reisen und dort operieren kann, gibt an, dass ein hoher Prozentsatz von Kindern und Erwachsenen an Leukämie leide. Etwa 14.000 Kindern fehle ein Bein oder eine Hand, 2.000 Kinder seien blind, 10.000 Kinder hätten akute neurologische Schwierigkeiten, 450 Kinder seien als Folge der Bombardements stumm. Jedes dritte bis vierte Kind werde mit einem Defekt geboren, zum Beispiel fehle Kindern ein Organ, eine Hand, ein Bein. Die Zahl der Anomalien bei den Geburten sei sehr hoch. Obwohl der Krieg offiziell zu Ende ist, würden noch immer sehr viele Menschen an Krankheiten sterben, ohne dass diese Tatsache untersucht oder bekannt gemacht würde.

Grundsätzlich gilt in Tschetschenien die allgemeine Schulpflicht. Bis auf wenige Ausnahmen besuchen alle Kinder die Schulen. Es fehlt jedoch an Schulmaterialien, häufig können keine warmen Mahlzeiten ausgegeben werden, die Klassen sind zu groß, weil immer noch viele Schulgebäude zerstört sind. Im Moment werden 142 von 437 Schulen renoviert.

#### 4. Inguschetien

Seit dem 31. Oktober 2008 hat Inguschetien einen neuen Präsidenten. Junus-Bek Jewkurow ist es jedoch trotz vieler Bemühungen bisher nicht gelungen, die Kaukasusrepublik zu befrieden. Jewkurow führte Gespräche mit der politischen Opposition und mit Menschenrechtsaktivisten, er versprach die Demokratisierung der Politik und den Kampf gegen die Korruption. Doch nun wurde er selbst zur Zielscheibe von Kritik und Gewalt: Der terroristische Untergrund bekämpft ihn genauso wie alte korrupte Sicherheitsstrukturen in Inguschetien, die immer noch viel Einfluss haben.

Als Gründe für die schwierige Lage werden Korruption, die Dominanz der Sicherheitskräfte, Gewalt und Terror, der schon seit Jahren aus Tschetschenien nach Inguschetien überschwappt, sowie die prekäre wirtschaftliche Lage gesehen. Zwischen 53 und 57 Prozent der Menschen sind arbeitslos. Am 2. November 2009 kündigte Präsident Jewkurow an, dass Arbeitslose in andere Gebiete der Russischen Föderation umsiedeln könnten. Dort seien, wie zum Beispiel in Kirow oder Archangelsk spezielle Programme für sie etabliert worden, sie bekämen Arbeit und hätten einen sicheren Aufenthaltstitel.

Wie Tschetschenien wird auch Inguschetien momentan von einer Welle der Gewalt heimgesucht. **2009 starben in Inguschetien bei 49 Terroranschlägen 319 Menschen**, an sieben waren Selbstmordattentäter beteiligt. Allein bei einem Anschlag im August 2009 kamen in der Hauptstadt Nasran 25 Personen ums Leben. Auch der Selbstmordanschlag auf den Wagenkonvoi von Präsident Jewkurow vom 22. Juni 2009, bei dem er schwer verletzt wurde, soll auf das Konto der Terroristen gehen.

Im ersten Halbjahr 2009 sind bei 58 Militär- und Polizeiaktionen 37 mutmaßliche Kämpfer getötet worden, 79 Personen wurden verletzt. Weitere 39 Zivilisten kamen dabei ums Leben. Zehn Personen verschwanden, vier von ihnen wurden später tot aufgefunden.

Der Mordanschlag auf Präsidenten Jewkurow macht deutlich, wie prekär die Lage ist. Bewaffnete Gruppen haben insbesondere seit dem Sommer 2008 Anschläge gegen prominente Personen verübt. Gleichzeitig sind sowohl inguschetische als auch föderale Sicherheitskräfte für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Der Einsatz von Gewalt ist häufig unverhältnismäßig, Menschen werden willkürlich verschleppt, verhaftet, in der Haft gefoltert und hingerichtet. Diese massiven Übergriffe werden nicht strafrechtlich untersucht und die mutmaßlichen Täter nicht verfolgt.

Eines von mehreren Beispielen der gefährlichen Lage derzeit in Inguschetien ist der Tod des 24-jährigen Studenten Beslan Tsoroev am 7. Dezember 2009 im Dorf Ordzhonikidzewsakaja: Der Vater des Opfers berichtet, dass er, sein Sohn sowie seine Frau gegen

sieben Uhr früh per Lautsprecher aufgefordert wurden, ihr Haus zu verlassen. In einem Wagen wurden dann Vater und Mutter über den Sohn befragt. Als der Vater bat, seine Frau gehen zu lassen, wurde ihm das verwehrt. Die Beamten des Sicherheitsdienstes trugen stattdessen eine Trage und zwei große Schachteln ins Haus. Der Vater dachte, darin hätten sich Folterinstrumente befunden. Die Eltern sahen ihren Sohn erst tot wieder. Ihm war dreimal in die Schläfe geschossen worden. Laut offiziellen Angaben der inguschetischen Behörden zum Tode ihres Sohnes hieß es jedoch, ein Kämpfer sei bei „Zusammenstoßen zwischen dem Geheimdienst und Islamisten“ erschossen worden. Doch auch Verwandte und Nachbarn bestätigen die Version des Vaters. Es habe keinerlei Schießerei oder Kampf gegeben. Man habe nur drei dumpfe Geräusche gehört wie von einer Pistole mit Schalldämpfer. Das Opfer Beslan Tsorojev studierte im dritten Jahr an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Nasran. Er war nie straffällig geworden und hatte nichts mit dem bewaffneten Untergrund in Inguschetien zu tun.

Am 4. November 2009 wurde im russischen Kreis Krasnodar ein mutmaßlicher Kämpfer aus Inguschetien verhaftet.

Am 2. November wurde Alichan Tarkojew gegen 11:20 Uhr in Malgobek (Inguschetien) von maskierten Angehörigen der Sicherheitskräfte festgenommen. Sie behaupten, er sei ein Terrorist.

Am 17. August 2009 kam es in der inguschetischen Hauptstadt Nasran zum blutigsten Selbstmordanschlag in der Nordkaukasusregion der letzten Jahre. Für dieses Attentat, bei dem 25 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt wurden, sollen aufständische Rebellen verantwortlich sein. Die Explosion ereignete sich, nachdem der oder die Täter mit einem Kleinlaster ein Polizeiquartier in der Stadt Nasran gerammt hatte/n.

Während des Tschetschenienkrieges arbeiteten viele Menschenrechtsaktivisten von Inguschetien aus, weil die Republik relativ sicher war. Heute werden auch hier **Menschenrechtler verfolgt und schikaniert**.

Dies zeigt unter anderem der Fall der Organisation MASHR (auf Inguschetisch: Frieden): Auf den Leiter der Organisation, Magomed Mutsolgov, wurde im August 2008 geschossen. Bereits am 25. Juli 2008 war der MASHR-Mitarbeiter Zurab Tsechojew willkürlich verhaftet und misshandelt worden. Während seiner Festnahme war er der Zusammenarbeit mit der oppositionellen Internetseite ingushetiya.ru beschuldigt worden. Mit seiner Festnahme wollte man ihn dazu bringen, nicht die Namen von Polizisten oder Milizangehörigen weiterzugeben. Nach massiven Protesten gegen seine willkürliche Verhaftung wurde Tsechojew freigelassen. Vor seiner Freilassung drohte man ihm und



seiner Familie mit dem Tod, sollte er sich über seine Verhaftung beschweren, weiter für MASHR arbeiten oder in Inguschetien bleiben.

Der Mord an dem Journalisten und Betreiber der oppositionellen Internetseite *ingushtiya.ru*, Magomed Jewloew, am 31. August 2008 löste Proteste weit über den Kaukasus hinaus aus. Jewloew war auf dem Flughafen von Magas von inguschetischen Sicherheitskräften festgenommen und wenig später mit einer Schusswunde im Kopf in ein Krankenhaus in Nasran eingeliefert worden, wo er wenige später seinen Verletzungen erlag. Die Hintergründe der Tat liegen bis heute im Dunkeln, die Täter gingen straffrei aus.

Am 24. Oktober 2009 wurde auch Jewloews Nachfolger, der Menschenrechtler Makscharip Auschew in Nalschik (aus der Nordkaukasus-Republik Karbadino-Balkarien) erschossen. Auschew gehörte zu den profiliertesten Oppositionellen in der Kaukasusregion. Er hatte nach dem Mord an Jewloew zeitweise den Chefredakteursposten der Internetseite *ingushtiya.ru* übernommen und war einer der schärfsten Kritiker des früheren inguschetischen Präsidenten Murad Sjasikow. Zudem war er Mitglied des Expertenrates des Menschenrechtsbeauftragten der russischen Regierung.

## 5. Dagestan

In Dagestan, das 50.300 Quadratkilometer umfasst, leben 14 verschiedene Nationalitäten. Die Awaren stellen mit 28 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von den Lesginen, Darginern und Laken. Sie alle gehören zur westkaukasischen Sprachgruppe. Die Kумыкы, Aserbajdschaner und Nogaier sind turksprachige Gemeinschaften. Zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehören Russen, Taten und Bergjuden. In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung massiv gesunken. Bei der letzten Volkszählung 2002 kam Dagestan auf 2,6 Millionen Einwohner, von denen nur 4,7 Prozent beziehungsweise 120.000 Personen Russisch sprechen. 1959 waren es noch rund 20 Prozent und 1989 etwa 9,2 Prozent.

Auch Dagestan wurde in den letzten Monaten von einer Reihe von Terroranschlägen erschüttert. Am 1. September 2009 fielen 13 Personen einem Anschlag unter Beteiligung von Selbstmordattentätern zum Opfer. **2009 wurden insgesamt 60 Anschläge in Dagestan verübt. Dabei starben 263 Personen. Seit Beginn des Jahres 2010 (bis Mai 2010) sind nach Angaben der Zeitung „Nowoje Delo“ 90 Menschen bei Terroranschlägen und bei Spezialoperationen gegen Terroristen getötet und 110 verletzt worden. Unter den Toten waren 43 Angehörige der Sicherheitskräfte, zwölf unbeteiligte Bürger und 35 Kämpfer.**

Aus Dagestan sollen die mutmaßlichen Attentäterinnen gekommen sein, die am 29. März 2010 an zwei Stationen der „roten“ Metro-Linie in der Moskauer Innenstadt Sprengstoffanschläge durchführten. 40 Menschen sind dabei ums Leben gekommen, mehr als 100 wurden verletzt. Dadurch geriet die Kaukasusrepublik in den Fokus der Berichterstattung. Beinahe täglich kommt es hier zu Terrorakten des islamistischen Untergrunds und Gegengewalt der Sicherheitskräfte.

Auch Menschenrechtsorganisationen sind nicht sicher. So brachen am 10. Mai 2010 maskierte Angehörige der OMON-Spezialeinheiten in das Haus von Albina Magomedova ein. Sie gehört dem Vorstand der Organisation „Pravozashita“ (Rechtsschutz) an. Erst nach Stunden gelang es ihr zu erwirken, dass ihre Mutter ihre dreijährige Tochter aus dem umstellten Haus holen durfte. Erklärungen für das brutale Vorgehen erhielt sie nicht. Auch Mitarbeiterinnen der „Mütter Dagestans“ klagen über Schikanen. Ein Foto von einer der Frauen wurde sogar veröffentlicht mit dem Hinweis darauf, dass es sich bei ihr um eine zukünftige Selbstmordattentäterin handeln könne.

Nach Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges 1999 gingen die Sicherheitskräfte in Dagestan gegen junge Männer vor. Sie wurden beschuldigt, den Kampf der Tschetschenen zu unterstützen und selbst Mitglieder in bewaffneten Gruppen zu sein. Häufig

wurden sie zu Haftstrafen verurteilt, egal, ob diese Anschuldigungen stimmten oder nicht. Geständnisse wurden durch Folter erpresst. Diese betroffenen Männer kamen in den letzten Jahren wieder frei – viele von ihnen waren besonders gewaltbereit. Immer wieder kommt es zu Racheaktionen wie gezielten Erschießungen von Milizionären, auf die regelrecht Jagd gemacht wird.

**Zwischen Anfang 2007 und November 2008 wurden in Dagestan 83 Angehörige der Miliz und 19 Zivilisten getötet. Im gleichen Zeitraum wurden offiziellen Berichten zufolge 124 Mitglieder "ungesetzlicher militärischer Zusammenschlüsse" getötet und 192 verhaftet.**

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial gibt an, dass 2008 in Dagestan so viele Menschen entführt, gefoltert und ermordet wurden wie nie zuvor. Memorial dokumentierte zwölf Fälle von "Verschwindenlassen". Man kann jedoch davon ausgehen, dass es sich hierbei nur die Spitze des Eisbergs handelt. In der Hoffnung, das Leben ihrer Angehörigen retten zu können, schweigen die meisten Betroffenen.

2009 nahm die Gewalt in Dagestan noch einmal deutlich zu. Allein im März 2009 sind bei Gefechten in der Kaukasusrepublik 21 Menschen ums Leben gekommen: fünf Soldaten und Polizisten sowie 16 Kämpfer des bewaffneten islamistischen Widerstandes. Die einzige Antwort des Staates auf die Gewalt ist massive Gegengewalt, die von der russischen Regierung mit Waffen und Soldaten unterstützt wird. Es kommt zu Entführungen und Kämpfen. Auch unschuldige Zivilisten werden immer wieder zu Opfern der staatlichen Willkür. Seit mehreren Jahren schwelt in Dagestan ein Krieg, dem mehr und mehr Menschen zum Opfer fallen – doch die dagestanische Regierung unter Präsident Muchu Alijew bestreitet dies.

Mehrere Faktoren tragen zur Eskalation der Gewalt in Dagestan bei:

- Zwischen 70 und 80 Prozent des Republikhaushalts werden von der Moskauer Zentralregierung finanziert.
- Dagestan hat mit über 50 Prozent die höchste Arbeitslosenquote in ganz Russland. Gerade der Alltag von jungen Menschen ist von Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt.
- Korruption ist das entscheidende Merkmal des politischen und wirtschaftlichen Systems.
- Die Empörung über das brutale und willkürliche Vorgehen der Sicherheitskräfte treibt viele junge Männer in die Arme der sogenannten Dschaamate, bewaffneter islamischer Gemeinschaften. In den letzten Jahren hat sich so ein wachsender bewaffneter islamistischer Untergrund herausgebildet, der sehr gezielt und koor-

diniert gegen die dagestanischen Sicherheitskräfte vorgeht. Ziele sind meist ranghöhere Polizisten und Armeeangehörige wie Offiziere oder Majore.

Einige aktuelle Fälle sind die folgenden:

Am Abend des 1. November 2009 wurde der Imam Tinamagomed Ramazanov auf seinem Weg vom Abendgebet nach Hause erschossen. Die Täter konnten nicht identifiziert werden.

Am 29. Oktober 2009 verschwand Murad Salichow und wurde später tot aufgefunden. Er soll Kontakt zur islamistischen Gruppierung der Salafisten gehabt haben.

Am 15. Oktober 2009 wurde Arslanbek Bagaudinovich Zakaev (geb. 1980), ein Taxifahrer aus Makhachkala entführt und einige Tage später tot aufgefunden. Laut Zeugenaussagen wurde er von maskierten Männern in einen Jeep gezogen.

Einige Wochen zuvor wurden mehrere männliche Insassen eines PKWs von vier weiteren Fahrzeugen gestoppt. Die Fahrer dieser vier Fahrzeuge eröffneten sofort das Feuer und töteten die Insassen des PKWs. Zeugen sagten später, die Opfer seien unbewaffnet gewesen, bis ihnen, nachdem sie tot auf der Straße lagen, von den Tätern Waffen in die Hände gelegt wurden.

Im August 2009 wurde der Journalist Malik Achmedilow, der sich für die Rechte ethnischer Minderheiten in Dagestan einsetzte, tot aufgefunden.

Ebenfalls im August 2009 wurden elf Menschen bei einem Überfall in der Stadt Machatschkala durch 15 maskierte Männer getötet. Unter ihnen waren Polizisten und Zivilisten. Auch die Gewalt gegen regierungskritische Journalisten und Menschenrechtsverteidiger lässt nicht nach.

Im Juni 2009 wurde der Innenminister Dagestans, Adilgerej Magomedtagirow, von einem Scharfschützen getötet.

## 6. Anhang

### 6.1. Offener Brief russischer Oppositioneller

*Manifest der Russischen Oppositionellen – Putin muss zurücktreten!*

„Bürgerinnen und Bürger Russlands!

Die Erkenntnis, dass die herrschende Elite unser Land in eine historische Sackgasse geführt hat, veranlasst uns zu dieser Stellungnahme.

Aus eigennützigem Sicherheitsstreben hat die Familie [der Jelzin-Ära] einem Mann von zweifelhaftem Ruf, der weder Begabung gezeigt, noch sich durch die erforderliche Lebens- und Berufserfahrung auszeichnet hatte, praktisch unbeschränkte Machtbefugnis übertragen. Das hat, wie abzusehen war, zu einer ernsthaften Schwächung sämtlicher Regierungsorgane geführt.

Selbst ein bedeutender Teil der herrschenden ‚Elite‘ hält eine Veränderung für nötig, wie die lautstarke Resonanz auf [Präsident Dimitri Medwedews] Aufruf ‚Vorwärts, Russland!‘ gezeigt hat. Aber Medwedews Modernisierungsprojekt trägt unverkennbar kosmetische Züge und hat nur das eine Ziel: den äußeren Schein zu wahren und gleichzeitig ein dem Wesen nach autoritäres und korruptes Regime aufrecht zu erhalten.

Wir stellen fest, dass das gesellschaftspolitische Gefüge, das Russland umbringt, und das die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes jetzt zusammengeführt hat, einen Architekten, einen Verwalter und einen Wächter hat. Sein Name ist Wladimir Putin.

Wir erklären, dass heute keine grundlegenden Reformen in Russland durchgeführt werden können, solange Putin die eigentliche Macht im Land inne hat.

Wir erklären, dass das Regime Putins erst dann aufgelöst werden und die Rückkehr Russlands auf den Weg einer demokratischen Entwicklung erst dann beginnen kann, wenn Putin alle Schalthebel, mit denen er Staat und Gesellschaft steuert, entzogen worden sind.

Wir erklären, dass Russland in den Jahren der Putin-Herrschaft zum Sinnbild eines korrupten und unberechenbaren Staates geworden ist, der sich gegenüber seinen Bürgern und Bürgerinnen skrupellos verhält. In diesem Staat haben die Bürgerinnen und Bürger keine Rechte und leben größtenteils in Armut. Es ist ein Staat ohne Ideale und ohne eine Zukunft.

Lag Russland in der Regierungszeit Jelzins auf den Knien, wie es die Hauptakteure aus dem Kreml immer wieder gerne behaupten, so haben Putin und seine Lakaien Russlands Gesicht in den Dreck gedrückt.

In den Dreck staatlicher Missachtung, in dem wir nicht nur Persönlichkeitsrechte und individuelle Freiheiten finden, sondern auch das menschliche Leben selbst. [...]

Putin begann seinen Aufstieg zur Macht mit der poetischen Aussage ‚sie [die tschetschenischen Terroristen] bis auf die Klosetts verfolgen und vernichten zu wollen‘<sup>1</sup>. Putin hat mit diesem vielseitigen ‚Instrument‘ elf Jahre lang das Land beherrscht, und in Bezug auf politische Gegner und Geschäftskonkurrenten hat es sich als besonders effektiv bewiesen.

Jede Form von politischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Abweichung wird sofort unterdrückt; [...] Putin hat bewiesen, dass er willens ist, seine persönlichen Gegner mit allen Mitteln aus dem Weg zu schaffen. [...]

Zehn ganze Jahre sind verloren gegangen – Jahre, in denen der Preisanstieg für Kohlenwasserstoffe und Metall für die Modernisierung des Landes hätte genutzt und eine strukturelle Reorganisation der Wirtschaft hätte stattfinden können. Deshalb hat die Weltwirtschaftskrise Russland so schonungslos getroffen und sie ist für uns noch lange nicht vorbei. [...]

Die ‚Kursk‘<sup>2</sup>, das Nord-Ost Theater<sup>3</sup>, Beslan<sup>4</sup>, zehntausende Tote im zweiten mörderischen Tschetschenienkrieg, tausende Tote, die ihr Leben wegen der katastrophalen Infrastruktur verloren haben, die in menschenunwürdigen Alters- und Behindertenheimen verbrannten, Dutzende ermordeter Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und politischen Gegner des Regimes und die alltäglichen Opfer sadistischer polizeilicher Gesetzlosigkeit – das sind die Grabsteine von Putins Herrschaftszeit. [...]

Putin hat übergangsweise den Stuhl des Präsidenten geräumt, ist in das Büro des Premierministers umgezogen und hat den Kreml einem gehorsamen Platzhalter ‚vom selben Blut‘, einen modernen Simeon Bekbulatowitsch<sup>5</sup>, überlassen. Damit hat er eine un-

---

<sup>1</sup> Putins Tschetschenien-Politik fielen etwa 40.000 Angehörige dieses Volkes zum Opfer. Bei den Deportationen Stalins starb ein Viertel dieses Volkes. Unter Jelzins Herrschaft wurden ebenfalls bis zu 40.000 Tschetschenen vernichtet.

<sup>2</sup> Zwei Explosionen an Bord des Atom U-Boots Kursk hatten am 12. August 2000 die Bugkammern zerstört und einen Großteil der Besatzung unmittelbar getötet. Die übrigen Seeleute waren später verbrannt oder erstickt. Verursacht wurde die Katastrophe durch die Fehlzündung eines bordeigenen Torpedos auf einer Manöverfahrt in der Barentssee. Erst nach tagelangem Zögern nahm Russland Hilfsangebote des Westens an.

<sup>3</sup> Bei der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater am 23. Oktober 2002 brachten 40 bis 50 Bewaffnete 850 Menschen in ihre Gewalt und verlangten den Rückzug der russischen Truppen aus Tschetschenien.

Nach zweieinhalb Tagen der Geiselnahme, pumpten Spezialeinheiten des russischen Inlandsgeheimdiensts FSB eine unbekanntes Chemikalie in das Ventilationssystem des Theaters und stürmten das Gebäude Minuten später. Die betäubten Geiselnahmer wurden an Ort und Stelle von den Spezialeinheiten durch Kopfschüsse getötet, mindestens 129 Geiseln starben, zum größten Teil durch Vergiftungen aufgrund des eingeleiteten Gases.

<sup>4</sup> Bei der Geiselnahme von Beslan im September 2004 brachten tschetschenische Terroristen mehr als 1.100 Kinder und Erwachsene in einer Schule im nordossetischen Beslan in ihre Gewalt. Die Geiselnahme endete nach drei Tagen in einer Tragödie – bei der Befreiung durch russische Einsatzkräfte starben nach offiziellen Angaben 331 Geiseln.

<sup>5</sup> Tatarischer Chan, dem der Zar Iwan der Schreckliche formell Macht übergab. Er selbst behielt jedoch die Fäden in der Hand.

verhohlen verfassungswidrige Konstruktion geschaffen, um das Land für unbegrenzte Zeit regieren zu können.

Es liegt auf der Hand, dass Putin niemals freiwillig die Macht in Russland abgeben wird. Seine grimmige Absicht, lebenslang zu regieren, gründet nicht mehr allein auf Macht-hunger, sondern auch auf der Angst, für seine Taten zur Verantwortung gezogen zu werden. [...]

Sollte die Gruppe um Putin merken, dass ihr der Boden unter den Füßen wegbricht, könnte sie jederzeit von gezielten Repressionen zur Unterdrückung der Massen über-gehen. Wir warnen die Beamten des Strafvollzugs und des Sicherheitsdienstes davor, sich dem Volk entgegenzustellen und die kriminellen Befehle korrupter Funktionäre aus-zuführen, wenn sie euch hinaus schicken, um uns im Namen von Putin, Sechin und De-ripaska<sup>6</sup> zu töten.

Die nationale Forderung bei den Demonstrationen in Wladiwostok und Königs-berg/Kaliningrad<sup>7</sup> muss jetzt lauten: ‚Putin muss abtreten!‘. Unsere Befreiung vom Puti-nismus ist der erste, zwingende Schritt auf dem Weg zu einem neuen und freien Russ-land.“

### Anmerkung:

*Dieses (hier gekürzte) Manifest, unterzeichnet von fast allen russischen Oppositionellen und mit Datum vom 7. Mai 2010 von insgesamt 41 306 Personen, benennt schonungs-los die Verbrechen der Putin-Administration und fordert deren Rücktritt. Als erste unter-schrieb Jelena Bonner, die Witwe des verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, dem bedeutendsten russischen Menschenrechtlers.*

[Übersetzung]  
Judith Kunze

[Fußnoten]  
Sarah Reinke

[Vollständige Version]  
<http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=1928>

---

<sup>6</sup> Igor Ivanovich Sechin, enger Freund Putins und Vertreter der so genannten Silovki, des Zusammen-schlusses zwischen Geheimdienst und Militär, in der Administration; Oleg Wladimirowitsch Deripaska, russischer Oligarch, verheiratet mit einer Tochter Boris Jelzins mit besten Beziehungen zu Wladimir Putin.

<sup>7</sup> Benannt nach dem stalinistischen Kriegsverbrecher Michail Iwanowitsch Kalinin, dessen Unterschrift unter verschiedenen Deportationsbefehlen zu genozidalen Verschleppungen kleiner sowjetischer Völker nach Zentralasien stand.

## 6.2. Liste der Protestaktionen in Russland

Datum	Ort	Teilnehmerzahl	Thema	Reaktion der Regierung/Polizei etc.
08.01.2010	St. Petersburg	k. A.	Demonstration gegen Steueranhebung bei Importen ausländischer Fahrzeuge	Zwei Aktivisten wurden von der Polizei verhaftet
25.01.2009	St. Petersburg	40	Regierungskritische Demonstration, sog. „March of Consent“	Die Polizei nahm vier Demonstranten fest; der Organisator der Demonstration, Aleksey Yaremo, hat wegen Entehrung der russischen Flagge mit einer Klage zu rechnen
29.01.2009	St. Petersburg	k. A.	Demonstration gegen die Anwendung psychiatrischer Methoden, um religiösen Glauben zu verändern	
seit dem 04.12.2008 im Streik, am 04.02.2009 Streik fortgesetzt	Swerewo	k. A.	Hungerstreik von Minenarbeitern, um niedrigere Mietpreise für Unterkünfte zu erwirken	Der lokale Stadtrat wies die Forderungen zurück und erklärte, dass auf keine dieser Forderungen eingegangen werde
08.02.2009	Moskau	15	Aktion, um ermordetem Menschenrechtsanwalt Stanislav Markelov und Journalistin Anastasia Baburova Respekt zu zollen	Die Polizei hat sieben Personen wegen der nicht genehmigten Demonstration verhaftet
09.02.2009	Makhachkala in Dagestan	ca. 500	Demonstration gegen Ernennung eines Steuerbeamten durch Moskau, wodurch die streng aus Moskau vorgegebene Politik hinterfragt wurde	Es wurden keine Versuche unternommen die Proteste zu stoppen
13.02.2009	St. Petersburg	k. A.	Demonstration gegen "Unregelmäßigkeiten der	



## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			Arbeit von Wahlkomitees"	
21.02.2009	Moskau	350 Oppositionelle	Forderung nach vorgezogenen Präsidentschaftswahlen	
23.02.2009	Moskau	ca. 750 Kommunisten	Demonstration gegen Umgang des Kreml mit der Wirtschaftskrise	Polizei überwachte die Demonstration mit Hunden, griff jedoch nicht ein
12.03.2009	Moskau	30	Protest der Kremelfreundlichen Jugendbewegung Naschi gegen Festnahme Mikhail Chodorkowskis	
12.03.2009	Moskau	k. A.	„March of Dissent“	Zwei junge Aktivisten der Organisation "Oborona" wurden von der Polizei festgenommen
12.03.2009	landesweit	k. A.	„March of Dissent“, abgehalten von den Oppositionsparteien/ -gruppen	Einer von zehn Demonstranten wurde in St. Petersburg festgenommen, Russlands Innenministerium kündigte an, alle nicht genehmigten Demonstration aufzulösen
15.03.2009	Wladiwostok	ca. 1.000	Friedlicher Protest gegen die Putin-Regierung, der vor allem wirtschaftlich begründet war (Erhöhung der Lebensmittel- und Medikamentenpreise, Zölle auf importierte Autos, steigende Arbeitslosigkeit)	
17.03.2009	Saratow	mehr als 100	Solidaritätsbekundung mit einem örtlichen Medienunternehmer, der zusammengeschlagen wurde. Es wird vermutet, dass der Angriff politisch motiviert war.	
25.03.2009	Jekaterinburg	Dutzende	Forderung nach Freilassung eines Jugendlichen, der wegen Mordes verurteilt wurde	
28.03.2009	Region Swerdlowsk	k. A.	Demonstrationen für Senkung der Strom- und Betriebskosten	Der Vorsitzende der regionalen Energie-Kommission erklärte die Erhöhung der

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

				Beiträge in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation für begründet
31.03.2009	Moskau	k. A.	Forderung nach Freilassung Chodorkowskis, den Anhänger für unschuldig halten	Polizei inhaftiert mehrere Anhänger Michail Chodorkowskis
31.03.2009	Tscheljabinsk	3	Demonstration wegen überfälliger Löhne	Polizei nahm die drei Journalisten wegen der ungenehmigten Demonstration fest
08.04.2009	Moskau	k. A.	Forderungen nach Freilassung Mikhail Chodorkowskis und Platon Lebedevs, die aus Sicht der Demonstranten aus politischen Gründen in Haft sitzen	Polizei nahm zwei Demonstranten der nicht genehmigten Demonstration fest
16.04.2009	Moskau	Dutzende	Demonstration für Stärkung der Rechte von Homosexuellen	Polizei nahm laut der russischen Nachrichtenagentur Interfax bis zu 81 homosexuelle Demonstranten gewaltsam fest
20.04.2009	Moskau	Dutzende	Demonstration von Tschernobyl-Veteranen aus Samara, die mehr Unterstützung hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Probleme und finanzielle Unterstützung fordern	Polizei löste Demonstration auf und nahm vier Demonstranten in Gewahrsam
19.05.2009	Jekaterinburg	ca. 100	Demonstration für die sofortige Freilassung des Menschenrechtsaktivisten Aleksei Sokolov	
27.05.2009	Moskau	ca. 20	Demonstration für die Freilassung eines Jugendaktivisten, der in Sibirien festgehalten und des Drogenbesitzes angeklagt wird. Vermutet wird aber, dass er wegen seiner politischen Aktivitäten festgehalten wird	
31.05.2009	Moskau	k. A.	Demonstration mit Forderung eines Rücktritts Wladimir Putins	Bis zu 30 Demonstranten wurden von der Polizei festgenommen; einige

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

				wurden bei dem Versuch, der Demonstration beizuwohnen, festgehalten; als Demonstranten Banner hochhielten, auf denen die Forderung nach Putins Rücktritt laut wurde, schritt die Polizei ein und nahm sie fest
09.06.2009	Nowosibirsk	Dutzende	Demonstration für Freilassung des inhaftierten Künstlers Artem Loskutow, der wegen angeblichen Drogenbesitzes festgenommen wurde. Kollegen gehen von politischen Motiven für seine Inhaftierung aus	
16.06.2009	Tscheljabinsk	14 Künstler	Protest gegen Konfiszierung ihrer Ateliers und neuer Regelungen bezüglich des Mietens von Ateliers; Hungerstreik als Form des Protests	
18.06.2009	Moskau	Dutzende	Forderung nach einem Referendum zur Direktwahl des Bürgermeisters, Hungerstreik als Form des Protests	Polizei klagte Demonstranten wegen nicht genehmigter Versammlung an und nimmt einige fest
26.06.2009	Orenburg	10	Demonstration gegen Folter in diesem Gebiet	Doppelt so viele Polizisten wie Demonstranten kesselten diese ein
10.07.2009	Barnaul	ca. 300	Entlassene Bauarbeiter blockieren aus Protest wichtige Autobahn und fordern Hilfe von der Regierung	Die Polizei versuchte die Bauarbeiter zu zwingen, die Autobahn wieder freizumachen und nahm zwei Bauarbeiter fest
31.07.2009	Moskau	k. A.	„Meeting of Dissent“, Demonstration für das Recht auf Versammlungsfreiheit	Die Polizei versperrte alle Straßen, die zur Demonstration führten
31.07.2009	Brjansk	Tausende	Demonstration, bei der der unverzügliche Rücktritt des Gouverneurs Nikolai Denin gefordert wird	
26.08.2009	Makhachkala in Da-	ca. 200	Demonstration gegen Entführung junger Musli-	Demonstranten wurden durch die Polizei gezwun-

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

	gestan		me durch Sicherheitskräfte	gen, den Ort der Demonstration zu wechseln
27.08.2009	Ufa	ca. 500 Pensionäre	Demonstration gegen Entscheidung der Behörden, Senioren keine Freifahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln mehr zu ermöglichen	Der Bürgermeister von Ufa sowie der Premierminister Rail Sarbayev versprochen, dass die Leistungen erhalten bleiben
28.08.2009	Moskau	Dutzende	Demonstration gegen die Inhaftierung der ehemaligen <b>Jukos</b> -Bosse, Mikhail Chodorkowski und Platon Lebedev	
31.08.2009	Moskau	k. A.	Oppositionelle Kundgebung, Forderung nach Versammlungsfreiheit	Dutzende Demonstranten wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen
12.10.2009	Moskau	k. A.	Demonstration von Anhängern der Opposition, die über mutmaßlichen Wahlbetrug bei den Duma-Wahlen klagen	Mehr als 30 Demonstranten wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen
14.10.2009	Twer	Hunderte	Demonstration der Kommunistischen Partei gegen den mutmaßlichen Wahlbetrug bei den landesweiten Wahlen	
29.10.2009	Asow	k. A.	Demonstration für eine Ungültigkeitserklärung der landesweiten Wahlen vom 11. Oktober 2009	
31.10.2009	Moskau	Polizeiangaben: ca. 200, Aktivistenangaben: 500	Demonstration zum Thema Menschenrechte	Polizei nahm eigenen Aussagen zufolge 50 Demonstranten fest, Demonstranten sprachen von 70 Festgenommenen
04.11.2009	Moskau	mehr als 1.000	Demonstration gegen Ultrationalismus, Rassismus und Faschismus in Russland	Gegendemonstration gegen illegale Migration, die von einer Gruppe abgehalten wurde, die für Ausländerhass und Ultrationalismus bekannt ist; keine Berichte über Zusammenstöße
16.11.2009	Moskau	Dutzende	Demonstranten fordern, dass die Regierung den Angriff auf den Journalisten Michail Beketow un-	

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			tersucht und sammeln Unterschriften für eine Petition	
12.12. 2009	Wladiwostok	k. A.	Protest gegen die Inhaftierung des Organisators von Protesten, Aleksandr Samsonov  am <u>16.12.2009</u> beginnen Aktivisten einen Hungerstreik, um gegen die Inhaftierung und die Steuererhöhung bei importierten Automobilen zu demonstrieren	Die Polizei beendete gewaltsam den Protest und versperrte den Demonstranten den Weg
31.12. 2009	Moskau	100	Anti-Kreml-Demonstration	Polizei beendete Demonstration und nahm dutzende Demonstranten fest, darunter auch die 82-jährige bekannte Menschenrechtsaktivistin Lyudmila M. Alekseyeva
19.01. 2010	Moskau	1.000	antifaschistische Kundgebung am ersten Jahrestag der Ermordung einer Menschenrechtsanwältin und eines Journalisten	Polizei verhaftete 24 Demonstranten/ Gegendemonstration von ca. 50 Nazis
22.01. 2010	Kirow	mehr als 100	Protest gegen Anstieg der Preise von Lebensmitteln, Medikamenten und öffentlichen Verkehrsmitteln	
24.01. 2010	Tomsk	einige Hundert	Demonstration gegen die örtliche Polizei und den Tod des Journalisten Konstantin Popow, der in Haft starb	
25.01. 2010	St. Petersburg	Dutzende	Demonstration gegen Korruption an Universitäten	
30.01. 2010	Kaliningrad	mehr als 10.000 laut „The Guardian“ ca. 12.000	Demonstration gegen die soziale Ungerechtigkeit und eine neue Beförderungsteuer („transportation tax“). Zu hören waren aber auch Rufe nach	Moskau schickt eine Delegation aus hochrangigen Vertretern, um die Parteikollegen in Kaliningrad zur Raison zu bringen und sich „mit dem Volk“ zu treffen

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			dem Rücktritt der Gebietsregierung/ Anti-Putin-Demonstration	und „Aufklärungsarbeit“ zu leisten
31.01.2010	Moskau	300-500	Demonstration für Versammlungsfreiheit	Demonstration wurde aufgelöst, Festnahme von ca. 100 Kremlgegnern durch die Sonderpolizei OMON, darunter auch der Oppositionsaktivist Boris Nemtsov
31.01.2010	St. Petersburg	200	Demonstration gegen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit	Demonstration wurde durch die Polizei gewaltsam durch den Einsatz von z.B. Schlagstöcken aufgelöst; 25 Demonstranten wurden festgenommen
31.01.2010	Murmansk	k. A.	Demonstration für Versammlungsfreiheit	Nach Angaben der Initiatoren der Demonstration wurde ein siebenjähriger Junge von der Polizei mitgenommen
Wochenende 30./31.01.2010	Kaliningrad	ca. 10.000	Demonstration gegen die United Russia Party, Thema sollte eigentlich die erhöhten Beförderungssteuern sein	Proteste wurden von offizieller Seite sanktioniert
28.02.2010	Tschernjachowsk in Kaliningrad	ca. 5.000	Demonstration für eine Verbesserung der Sozialdienste (Forderungen nach einer Verbesserung der Wohnsituation, einer Verbesserung des katastrophalen Kindergartensystems sowie nach Steuersenkungen)	Polizei versuchte erfolglos, die Demonstration zu verhindern; es wurden Handzettel verteilt, in denen der falsche Ort angegeben wurde; manche Arbeitgeber drohten ihren Angestellten damit, sie zu entlassen, sollten sie an den Protesten teilnehmen
03.03.2010	Biisk	ca. 100	Demonstration gegen nicht ausgezahlte Löhne, für eine Lohnerhöhung, höhere Pensionen und die Kürzung der Betriebskosten; außerdem Forderungen nach einer Wiederbelebung des „Glasnost“-Konzepts, um die Kommunikation zwischen gewöhnlichen	Warnungen der Polizei gegen den Anführer der Veteranen-Bewegung Nikolai Znogovan, dass dieser für extremistische oder andere illegale Handlungen verantwortlich gemacht werden könne

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			Bürgern und Politikern wiederherzustellen und der Korruption Herr zu werden	
04.03.2010	St. Petersburg	k. A.	Proteste von Frauenrechtsaktivisten gegen die Kündigung von schwangeren Frauen und Müttern mit kleinen Kindern	
07.03.2010	Moskau	Hunderte	Demonstration gegen Polizeiwilkkür, bei der aber auch die Forderung nach dem Rücktritt von Innenminister Raschid Nurgalijew laut wurde	Genehmigte Demonstration
07.03.2010	Pensa	2.000	Proteste wegen sinkender Lebensstandards, Niedriglöhnen und gestiegener Betriebskosten	
07.03.2010	Schukowskij	ca. 700	Demonstration gegen Korruption der lokalen Behörden, Demonstranten beschuldigen die lokalen Behörden, eine Anordnung Medwedews beim Bau des nationalen Zentrums für Luftfahrttechnik zu sabotieren	
10.03.2010	Internet	ca. 2.200 Unterschriften	Forderung nach Rücktritt Putins	
10.03.2010	Tscheljabinsk	ca. 100 eher ältere Menschen	Demonstration gegen unkontrollierte Warenpreise und niedrige Renten	
18.03.2010	Astrakhan	einige Oppositionelle	Protest von Oppositionellen gegen die Verfolgung von Dissidenten im Süden Russlands, Hungerstreik als Form des Protests	
20.03.2010	überall in Russland (Bsp. siehe unten)	mehrere Tausend	Oppositionsparteien hatten zum „Day of Wrath“ (Tag der Wut) aufgerufen, wegen erhöhter Betriebskosten, sinkender Lebensstandards, Kor-	siehe unten

## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			ruption der Regierung, Polizeigewalt	
20.03.2010	Barnaul	mehr als 500	„Day of Wrath“, Demonstration gegen die hohen Lebenshaltungskosten und den mangelnden Einsatz der Regierung, etwas dagegen zu unternehmen	Ein Bus, in dem eine Delegation aus einer Traktorenfabrik saß, wurde durch die Polizei aufgehalten, weil in dem Bus angeblich eine Bombe versteckt gewesen sein soll. Die Delegation konnte nicht an der Demonstration teilnehmen. Durch das Erklären der Sirenen versuchte die Polizei, die Rufe der Demonstranten zu übertönen
20.03.2010	Kaliningrad	ca. 5.000, Polizeiangaben zufolge nur etwa 3.000	„Day of Wrath“, Proteste wegen sinkender Lebensstandards und Forderungen nach Freiheit und der Entlassung des örtlichen Gouverneurs	Demonstration nicht genehmigt
20.03.2010	Im Hafen von Wladiwostok	mehr als 1.000	„Day of Wrath“, Unzufriedenheit seit die Regierung eine Steuer auf importierte Fahrzeuge erhoben hat	
20.03.2010	St. Petersburg	mehr als 1.000	„Day of Wrath“, Forderung nach Rücktritt Putins	
20.03.2010	Irkutsk	mehr als 500	„Day of Wrath“	
20.03.2010	Moskau	mehrere Tausend	„Day of Wrath“, Forderung nach Rücktritt Putins	Die Polizei hat die Versammlung, die nicht genehmigt worden war, gewaltsam aufgelöst und 50-70 Aktivisten festgenommen
24.03.2010	St. Petersburg	k. A.	Demonstration gegen das Andocken eines französischen Schiffes, welches mit Atommüll beladen ist, der in Sibirien aufbereitet werden soll	Fünf GREEPEACE-Aktivisten wurden festgenommen
26.03.2010	Saratow	ca. 400	Demonstration gegen die erhöhten Betriebskosten und für den Rücktritt des	



## Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken

			lokalen Gouverneurs Vyacheslav Somov. Zudem wurden für eine Petition, in der der Rücktritt Putins und Medwedews gefordert wurde, Unterschriften gesammelt	
31.03. 2010	überall in Russland: von Wladiwostok bis Kaliningrad	mehrere Tausend -in Wladiwostok 2.000 -in Irkutsk 1.500 -in Kaliningrad 2.000	„Day of Wrath“,  <u>in Irkutsk:</u> Proteste gegen Putins Entscheidung, das Verbot für die Zellstoffproduktion am Baikalsee aufzuheben  <u>in Kaliningrad:</u> Flashmob, bei dem die Demonstranten die Entlassung von Gouverneur Georgy Boos forderten	
31.03. 2010	Moskau Wladiwostok und andere Städte	1.000 500 (zwei Demonstrationen in Moskau)	Demonstration für das Recht auf Versammlungsfreiheit, „Day of Wrath“ und Forderung nach Rücktritt Putins	Bei der Demonstration für Versammlungsfreiheit: Oppositionsführer Eduard Limonow und andere Demonstranten bei Demonstration verhaftet, 20 Personen wurden bei der Demonstration in Wladiwostok festgenommen

### Weitere Protestaktionen:

- Yury Shevchuk, Frontmann der russischen Rockgruppe DDT, kritisierte am 7. März 2010 während eines seiner Konzerte vier Minuten lang die russische Elite. Ein Auszug aus seiner Rede: „The rich are becoming even richer, the poor even poorer. Corruption is total, everyone is stealing. The system has built a brutal, cruel, and inhumane government in our country. People are suffering, not only in prisons and camps, but in orphanages and hospitals, as well.“  
([http://www.rferl.org/content/Tide\\_Of\\_Protest\\_Engulfs\\_More\\_Russian\\_Cities/1979931.html](http://www.rferl.org/content/Tide_Of_Protest_Engulfs_More_Russian_Cities/1979931.html))  
([http://www.rferl.org/content/Thousands\\_Sign\\_Petition\\_Calling\\_For\\_Putins\\_Ouster/1980911.html](http://www.rferl.org/content/Thousands_Sign_Petition_Calling_For_Putins_Ouster/1980911.html))
- Der Autor Aleksei Devotchenko, der ebenfalls die Petition vom 10. März 2010 unterschrieb, hat auf seinem Blog scharfe Kritik an den „pseudo-patriotic films“ geübt

([http://www.rferl.org/content/Thousands\\_Sign\\_Petition\\_Calling\\_For\\_Putins\\_Ouster/1980911.html](http://www.rferl.org/content/Thousands_Sign_Petition_Calling_For_Putins_Ouster/1980911.html))

### **6.3. Chronologische Liste ermordeter Menschenrechtsverteidiger**

#### **Gennadi Prudetski, ermordet 10. Dezember 2009**

Gennadi Prudetski leitete in der zentralrussischen Stadt Kemerowo die „Organisation zum Schutz von Repression und von Verhafteten“. Er wurde mit mehreren Schüssen getötet. Vor einigen Jahren hatte er schon einmal einen Attentatsversuch überlebt. Die Hintergründe der Tat liegen im Dunkeln.

#### **Makscharip Auschew, ermordet 25. Oktober 2009**

Makscharip Auschew gehörte zu den profiliertesten Oppositionellen in Inguschetien. Er war Mitglied des Expertenrates des Menschenrechtsbeauftragten der russischen Regierung und hatte vorübergehend auch das regierungskritische Internetportal [ingushetia.ru](http://ingushetia.ru) geleitet, dessen früherer Betreiber Magomed Ewlojew im August 2008 ums Leben kam. Auschew wurde am 25. Oktober 2009 durch Schüsse, die auf sein Fahrzeug abgefeuert wurden, getötet.

#### **Zarema Sadulajewa und Umar Sadulajew, ermordet 11. August 2009**

Zarema Sadulajewa (30 Jahre alt) leitete seit 2005 die humanitäre Organisation „Retten wir eine Generation“ in Grosny. Sie half Kindern und Jugendlichen, die während der Kriege verletzt wurden. Sie kümmerte sich auch darum, dass Kriegsversehrte zu lebenswichtigen Operationen in russische und ausländische (auch deutsche) Krankenhäuser kommen konnten. Sie wurde am 10. August 2009 gemeinsam mit ihrem Mann Umar aus ihrem Büro in Grosny entführt. Am 11. August wurden beide Leichen mit Schussverletzungen im Kofferraum ihres Wagens gefunden.

#### **Natalja Estemirowa, ermordet 16. Juli 2009**

Natalja Estemirowa (50 Jahre alt) arbeitete für die renommierte Menschenrechtsorganisation Memorial und war eine Freundin der 2006 ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja. Außerdem war sie mit dem 2009 ebenfalls ermordeten Stanislaw Markelow bekannt. Sie half Familien bei der Suche nach verschollenen Angehörigen und informierte die Öffentlichkeit über Entführungen und über die Folterung von Zivilisten. Der tschetschenische Präsident Ramzan Kadyrow hatte ihre Arbeit persönlich kritisiert, seit Jahren wurde Estemirowa immer wieder persönlich bedroht. 2005 wurde der Menschenrechtlerin von der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments die Robert-

Schuman-Medaille verliehen. Für ihren Menschenrechtseinsatz wurde sie 2007 zudem mit dem Poltkowskaja-Preis ausgezeichnet.

Am Morgen des 15. Juli 2009 wurde Natalja Estemirowa vor ihrem Wohnhaus in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny entführt und am Nachmittag desselben Tages in einem Waldstreifen nahe der Fernstraße M29 beim Dorf Gasi-Jurt im Rajon Nasran der Nachbarrepublik Inguschetien mit mehreren Kopf- und Brustschüssen tot aufgefunden. Estemirowa war verwitwet und hinterlässt eine Tochter im Schulalter.

### **Andrej Kulagin**, ermordet 10. Juli 2009

In der Teilrepublik Karelien an der Grenze zu Finnland wurde der Leiter der örtlichen Organisation „Gerechtigkeit“, Andrej Kulagin, tot aufgefunden. Kollegen vermuten, dass Kulagin im Zusammenhang mit seinem Einsatz für einen humaneren Strafvollzug ermordet wurde. Kulagin war seit dem 14. Mai 2009 vermisst worden.

### **Wjatscheslaw Jaroschenko**, ermordet 29.6.2009

Der 63-jährige Journalist Wjatscheslaw Jaroschenko war am 30. April 2009 überfallen und zusammengeschlagen worden. Er starb in Rostow-am-Don an schweren Kopfverletzungen. Jaroschenko arbeitete für eine Zeitung in Rostow-am-Don, die sich mit Korruption bei Justiz und anderen Behörden befasst.

### **Stanislaw Markelow**, ermordet 19. Januar 2009

Der Anwalt Markelow gründete die Nichtregierungsorganisation „Institut für die Vorherrschaft des Rechts“. Er vertrat seine Mandanten vor russischen Gerichten und auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Seinen politischen Standort bezeichnete er als sozialdemokratisch. Er verteidigte Tschetschenen, die Opfer des russischen Militärs geworden waren, und war häufig in Grosny. Bekannt wurde er unter anderem als Rechtsbeistand der Journalistin Anna Poltkowskaja. Sie lobte Markelow als „ersten Anwalt, der in Tschetschenien arbeitet und dort die Rechte der Einwohner schützt“. Drohungen erhielt Markelow insbesondere für seine Tätigkeit im Fall des Armeeobersten Budanow. Dieser wurde im Jahr 2003 für die Ermordung der 18-jährigen Tschetschenin Cheda Kungajewa zu zehn Jahren Haft verurteilt und war der bisher ranghöchste Militär, der für Verbrechen im Tschetschenienkrieg zur Verantwortung gezogen wurde. Markelow wurde in Moskau auf offener Straße erschossen. Die Journalistin Baburowa versuchte den Täter aufzuhalten und wurde kurz darauf ebenfalls erschossen.

### **Anastasija Baburowa**, ermordet 19. Januar 2009

Die junge Journalistin arbeitete als Praktikantin für die regimekritische Zeitung *Nowaja Gaseta*. Sie war in der Antifa- und Menschenrechtsarbeit engagiert und gehörte der anarchistischen Organisation *Awtonomnoje Deistwije* an. Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Berichterstattung über die neonazistische Szene Russlands. Sie hatte mehrere Artikel über Rassismus und Ultranationalismus in Russland veröffentlicht. Baburowa schrieb über Skinhead-Gruppen und arbeitete zusammen mit Kollegen der „*Nowaja Gasete*“ an Recherchen, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Sie begleitete den Menschenrechtsanwalt Markelow nach dessen Pressekonferenz zur Freilassung des Armeeobersten Budanow und versuchte nach den Schüssen auf ihn, den Täter aufzuhalten. Selbst durch Schüsse verletzt, wurde sie in ein Krankenhaus eingeliefert, wo sie verstarb. Dort verabschiedeten sich ihre Eltern, Freunde und Kollegen von der 25-Jährigen, die ihr Praktikum bei der "Nowaja Gasete" erst vier Monate zuvor begonnen hatte.

### **Umar Israilow**, ermordet 13. Januar 2009

Israilow hatte sich am bewaffneten Kampf der Tschetschenen beteiligt und war nach seiner Festnahme gezwungen worden, für die sogenannten Kadyrowzy zu arbeiten. Er wurde einer der Leibwächter des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrow. Israilow wurde auf offener Straße in Wien erschossen, wo er als Flüchtling lebte. Er hatte gemeinsam mit seinem Vater vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Klage gegen Russland wegen Folterung durch Kadyrow eingereicht. Ein US-Journalist veröffentlichte dieses Material nach seinem Tod. Menschenrechtler gehen davon aus, dass Israilow durch die Beweise, die er gesammelt hatte, zu einer Gefahr für Kadyrow wurde.

### **Magomed Jewlojew**, ermordet 31. August 2008

Magomed Jewlojew war Jurist und Journalist und betrieb seit 2001 die Internetnachrichtenseite *Ingushetiya.ru*, die für ihre dezidiert kritische Haltung gegenüber der Führung der russischen Teilrepublik Inguschetien unter Präsident Murat Sjasikow sowie der Kaukasuspolitik der Moskauer Zentralregierung bekannt war. Die inguschetischen Behörden versuchten mehrmals, die Seite zu schließen. Im Sommer 2007 wurde Jewlojew bezichtigt, die kaukasischen Ethnien bewusst gegeneinander aufzuhetzen. Ein entsprechendes Verfahren wurde eingeleitet, jedoch auf Weisung des Obersten Gerichtshofes der Russischen Föderation im Frühjahr 2008 eingestellt. Bereits im Herbst 2007 wurde ein

zweites Verfahren initiiert. Jewlojew wurde diesmal beschuldigt, während seiner Tätigkeit bei der Justiz durch gefälschte Entlastungsdokumente die Freilassung von Verdächtigen herbeigeführt zu haben. Auf Betreiben der inguschetischen Staatsanwaltschaft wurde 2008 schließlich ein Gerichtsbeschluss erwirkt, der der Seite *Ingushetiya.ru* die Weiterführung ihrer Arbeit wegen *Extremismus* untersagte. Die Entscheidung wurde zuletzt am 12. August 2008 von einem Moskauer Gericht bestätigt. Wegen des zunehmenden Drucks von Seiten der Staatsorgane floh die Chefredakteurin der Website Anfang August 2009 nach Frankreich, wo sie um politisches Asyl bat. Die Inhalte von *Ingushetiya.ru* liegen auf einem Server in den USA, um sie vor dem Zugriff russischer Staatsorgane zu schützen.

Am 31. August 2008 starb Magomed Jewlojew an den Folgen eines Kopfschusses, der ihm in Polizeigewahrsam zugefügt worden war. Jewlojew war auf dem Flughafen der inguschetischen Hauptstadt Magas festgenommen worden, nachdem er gemeinsam mit dem inguschetischen Präsidenten Murat Sjasikow angekommen war. Während des Fluges soll es zu einem heftigen Streit zwischen beiden gekommen sein. Mitte Dezember 2009 wurden zwei Personen wegen des Mordes an Jewlojew verurteilt.

### **Gadschi Adaschilow, 22. März 2008**

In der russischen Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus wurde der Chef der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, Gadschi Abaschilow, vor einem Geschäft in der Hauptstadt Machatschkala erschossen. Die Täter hätten die Schüsse aus einem Auto abgefeuert und seien dann entkommen.

### **Iljas Scharpajew, ermordet 21. März 2008**

Bekannt geworden ist Scharpajew als Reporter des staatlichen Fernsehsenders (*Erster Kanal*) mit Berichten über den Kaukasus und teils kritischen Darstellungen des Vorgehens der lokalen Behörden.

Am 21. März 2008 wurde Schurpajew in seiner Wohnung niedergestochen und mit einem Gürtel erdrosselt. Nur wenige Stunden vor seinem Tod hatte er in seinem Blog die Absetzung seiner Kolumne durch die dagestanische Tageszeitung *Nastojaschtscheje wremja* („Heutige Zeit“) und die Aufnahme seiner Person in eine „Schwarze Liste“ bei der Zeitung unerwünschter Journalisten mit dem Satz kommentiert: „Jetzt bin ich Dissident!“ Die Existenz derartiger schwarzer Listen wurde vom Chefredakteur der Zeitung dementiert.

### **Anna Politkowskaja, ermordet 7. Oktober 2006**

Die bekannte und durch etliche internationale Preise geehrte russische Journalistin Anna Politkowskaja hatte sich durch ihre Reportagen zum Krieg in Tschetschenien einen Namen gemacht. Schonungslos hatte sie Verbrechen aufgedeckt und war so ins Visier des Kremls geraten. Den heutigen Präsidenten Tschetscheniens, Ramzan Kadyrow hatte sie scharf kritisiert und für Menschenrechtsverletzungen wie Folter persönlich verantwortlich gemacht. Sie half vielen Einzelpersonen, die in Tschetschenien Opfer von Gewalt geworden waren. Am 7. Oktober 2006 wurde sie in ihrem Moskauer Wohnhaus von Unbekannten erschossen.

### **Murad Muradow**, ermordet 2005

Murad Muradow war der Vorgänger von Sarema Sadulajewa bei der Organisation „Rettet eine Generation“, die sich um tschetschenische kriegsversehrte Kinder kümmert. Er wurde im April 2005 verschleppt und schließlich tot aufgefunden. Sein Leichnam wies starke Folterspuren auf.

### **Paul Klebnikow**, ermordet 9. Juli 2004

Klebnikow war ein US-amerikanischer Journalist, Chefredakteur sowie Herausgeber der russischen Ausgabe des *Forbes Magazine*. In seinem Buch *Godfather of the Kremlin: The Decline of Russia in the Age of Gangster Capitalism* (dt. *Der Pate des Kreml – Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen*), zeichnete Klebnikow die Aktivitäten verschiedener russischer Oligarchen, insbesondere die Boris Beresowskis nach und informierte über deren dubiosen Aufstieg nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Sein zweites und letztes Buch *Gespräch mit einem Barbaren* (russ. *Разговор с барбаром*) erschien 2003 und enthielt Interviews, die Klebnikow mit dem tschetschenischen Rebellen-Anführer und ehemaligen Moskauer Unterweltboss Chosch Achmed Nuchajew geführt hatte.

Am 9. Juli 2004 wurde Klebnikow von zwei unbekanntem Tätern vor dem Verlagsgebäude des russischen *Forbes Magazine* in Moskau erschossen.

### **Nikolaj Girenko**, ermordet 19. Juni 2004

Der 64-jährige Ethnologe und wissenschaftliche Mitarbeiter der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften Nikolaj Girenko wurde in St. Petersburg von Unbekannten erschossen. Als Experte für Verbrechen mit rassistischem Hintergrund wurde er regelmäßig von der Staatsanwaltschaft St. Petersburg als Sachverständiger bei Prozessen

gegen Neonazigruppen herangezogen. Nikolaj Girenko arbeitete auch für die Organisationen Memorial, Bürgerkontrolle und für das Netzwerk russischer NGOs gegen Rassismus, Xenophobie und Intoleranz.

### **Aslan Davletukaev**, ermordet 10. Januar 2004

Der Mitarbeiter der Gesellschaft für Russisch-Tschetschenische Freundschaft, Davletukaev wurde von Angehörigen einer russischen Todesschwadron ermordet. Davletukaev sammelte und veröffentlichte regelmäßig Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien. Der Leichnam Aslan Davletukaevs wurde, gezeichnet von Folterspuren und Misshandlungen, in der Nähe der Autobahn bei der Stadt Gudermes gefunden. Seine Arme und Beine waren gebrochen, sein Körper zeigte Wunden, die ihm durch ein scharfes Metallobjekt zugefügt worden waren. Der Menschenrechtler starb schließlich durch einen Schuss in den Hinterkopf. Am 17. Januar 2004 wurde er beerdigt.

### **Zura Bitieva**, ermordet 21. Mai 2003

Die Menschenrechtlerin Zura Bitieva sammelte und veröffentlichte Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und betreute ausländische Journalisten. Sie war im berüchtigten Tschernokosowo-Gefängnis inhaftiert, wurde ständig bedroht und schließlich mit mehreren ihrer Familienmitglieder ermordet.

### **Malika Umaschewa**, ermordet 1. Dezember 2002

Die Menschenrechtlerin und ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Alkan-Khala, Malika Umaschewa wurde von russischen Todesschwadronen hinterrücks erschossen.



## 7. Quellen

### a) Internetseiten:

www.kavkaz-uzel.ru  
www.watchdog.cz  
www.memo.ru  
www.bbc.co.uk  
www.lenta.ru  
www.novayagazeta.ru  
www.grani.ru  
www.guardian.co.uk  
www.can.org  
www.ingushetiya.ru  
www.rferl.org

- <http://www.ecoi.net/190001::Russische%20F%C3%B6deration::RS::RU::190004::324099::russische-foederation/all.htm>, 31.03.2010
- [http://www.russland-aktuell.de/petersburg/stadtnews/1\\_mai\\_oppositions-demo\\_in\\_petersburg\\_genehmigt\\_1164.html](http://www.russland-aktuell.de/petersburg/stadtnews/1_mai_oppositions-demo_in_petersburg_genehmigt_1164.html), 31.03.2010
- [http://www.russland-aktuell.de/kaliningrad/stadtnews/nach\\_grossdemo\\_in\\_kaliningrad\\_koennten\\_koepfe\\_rollen\\_341.html](http://www.russland-aktuell.de/kaliningrad/stadtnews/nach_grossdemo_in_kaliningrad_koennten_koepfe_rollen_341.html), 31.03.2010
- [http://www.rferl.org/content/Protesters\\_In\\_Russias\\_Altai\\_Call\\_For\\_Putins\\_Resignation/1992823.html](http://www.rferl.org/content/Protesters_In_Russias_Altai_Call_For_Putins_Resignation/1992823.html), 31.03.2010
- <http://www.guardian.co.uk/world/2010/mar/21/russia-vladimir-putin-kaliningrad>, 31.03.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Activists\\_Arrested\\_Protesting\\_French\\_Nuclear\\_Waste/1992833.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Activists_Arrested_Protesting_French_Nuclear_Waste/1992833.html), 02.04.2010
- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,675134,00.html>, 31.03.2010
- <http://www.sueddeutsche.de/politik/576/501827/text/>, 31.03.2010
- <http://www.epochtimes.de/articles/2010/03/21/558552p.html>, 31.03.2010
- <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/8578029.stm>, 31.03.2010
- <http://german.ruvr.ru/2010/03/15/5320326.html>, 31.03.2010
- [http://www.rferl.org/content/Thousands\\_Sign\\_Petition\\_Calling\\_For\\_Putins\\_Ouster/1980911.html](http://www.rferl.org/content/Thousands_Sign_Petition_Calling_For_Putins_Ouster/1980911.html), 31.03.2010
- [http://www.rferl.org/content/Opposition\\_Activists\\_Journalists\\_On\\_Hunger\\_Strike\\_In\\_Astrakhan/1987258.html](http://www.rferl.org/content/Opposition_Activists_Journalists_On_Hunger_Strike_In_Astrakhan/1987258.html), 02.04.2010

- [http://www.ecoi.net/index.php?countrychooser\\_country=190001::Russische%20F%C3%B6deration::RS::RU::190004::324099::russische-foedera-  
tion&countrychooser\\_search=&step=&command=showcountryhome&showall=tru  
e&next=26](http://www.ecoi.net/index.php?countrychooser_country=190001::Russische%20F%C3%B6deration::RS::RU::190004::324099::russische-foederation&countrychooser_search=&step=&command=showcountryhome&showall=true&next=26) , 01.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russians\\_Protest\\_Utility\\_Prices\\_Call\\_For\\_Resignatio  
ns/1995219.html](http://www.rferl.org/content/Russians_Protest_Utility_Prices_Call_For_Resignatio<br/>ns/1995219.html) , 01.04.2010
- [http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article1270034/Russland-  
Demonstration-gegen-Polizei-Willkuer-in-Moskau.html](http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article1270034/Russland-<br/>Demonstration-gegen-Polizei-Willkuer-in-Moskau.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russians\\_Rally\\_To\\_Protest\\_Official\\_Corruption/1978  
005.html](http://www.rferl.org/content/Russians_Rally_To_Protest_Official_Corruption/1978<br/>005.html), 01.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Womens\\_Activists\\_Protest\\_Dismissals\\_Wan  
t\\_Compensation/1974910.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Womens_Activists_Protest_Dismissals_Wan<br/>t_Compensation/1974910.html), 01.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Rally\\_In\\_Siberian\\_City\\_Protests\\_Unpaid\\_Wages\\_Cor  
ruption/1973836.html](http://www.rferl.org/content/Rally_In_Siberian_City_Protests_Unpaid_Wages_Cor<br/>ruption/1973836.html), 01.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Kaliningrad\\_Protest\\_Held\\_Despite\\_Warnings\\_Disinfo  
rmation/1972798.html](http://www.rferl.org/content/Kaliningrad_Protest_Held_Despite_Warnings_Disinfo<br/>rmation/1972798.html), 02.04.2010
- [http://www.omct.org/index.php?id=&lang=eng&actualPageNumber=1&articleSet=  
Press&articleId=9079](http://www.omct.org/index.php?id=&lang=eng&actualPageNumber=1&articleSet=<br/>Press&articleId=9079), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Moscow\\_Probes\\_Reasons\\_For\\_Mass\\_Protest\\_In\\_Ka  
liningrad/1947305.html](http://www.rferl.org/content/Moscow_Probes_Reasons_For_Mass_Protest_In_Ka<br/>liningrad/1947305.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Activists\\_In\\_St\\_Petersburg\\_Protest\\_University\\_Corru  
ption/1939483.html](http://www.rferl.org/content/Activists_In_St_Petersburg_Protest_University_Corru<br/>ption/1939483.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Tomsk\\_Residents\\_Protest\\_Journalists\\_Death\\_In\\_Det  
ention/1938308.html](http://www.rferl.org/content/Tomsk_Residents_Protest_Journalists_Death_In_Det<br/>ention/1938308.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1937083.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Police\\_Detain\\_24\\_At\\_Russian\\_Rally\\_For\\_Murdered  
Activists/1934066.html](http://www.rferl.org/content/Police_Detain_24_At_Russian_Rally_For_Murdered<br/>Activists/1934066.html), 02.04.2010
- [http://www.nytimes.com/2010/01/01/world/europe/01briefs-  
MoscowBrf.html?partner=rss&emc=rss](http://www.nytimes.com/2010/01/01/world/europe/01briefs-<br/>MoscowBrf.html?partner=rss&emc=rss), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Activists\\_Hold\\_Hunger\\_Strike\\_In\\_Vladivosto  
k/1905534.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Activists_Hold_Hunger_Strike_In_Vladivosto<br/>k/1905534.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Activists\\_Demand\\_Government\\_Investigate  
\\_Journalists\\_Beating/1880994.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Activists_Demand_Government_Investigate<br/>_Journalists_Beating/1880994.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Demonstrators\\_In\\_Russian\\_City\\_Protest\\_Election\\_R  
esults/1866490.html](http://www.rferl.org/content/Demonstrators_In_Russian_City_Protest_Election_R<br/>esults/1866490.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Police\\_Detain\\_50\\_At\\_Human\\_Rights\\_Prote  
st/1866144.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Police_Detain_50_At_Human_Rights_Prote<br/>st/1866144.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Russian\\_Communists\\_Protest\\_Alleged\\_Election\\_Viol  
ations/1854828.html](http://www.rferl.org/content/Russian_Communists_Protest_Alleged_Election_Viol<br/>ations/1854828.html), 02.04.2010

- [http://www.rferl.org/content/Dozens\\_Detained\\_At\\_Moscow\\_Opposition\\_Gathering/1811936.html](http://www.rferl.org/content/Dozens_Detained_At_Moscow_Opposition_Gathering/1811936.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1809533.html>, 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1808775.html>, 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1808297.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Moscow\\_Police\\_Detains\\_Dozens\\_Of\\_Opposition\\_Activists/1790101.html](http://www.rferl.org/content/Moscow_Police_Detains_Dozens_Of_Opposition_Activists/1790101.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Thousands\\_Of\\_Russians\\_Protest\\_Against\\_Western\\_Governor/1790089.html](http://www.rferl.org/content/Thousands_Of_Russians_Protest_Against_Western_Governor/1790089.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1773971.html>, 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1763485.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Hunger\\_Strikers\\_Detained\\_In\\_Moscow/1759703.html](http://www.rferl.org/content/Hunger_Strikers_Detained_In_Moscow/1759703.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1755757.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/content/Protesters\\_In\\_Novosibirsk\\_Demand\\_Release\\_Of\\_Artist/1750495.html](http://www.rferl.org/content/Protesters_In_Novosibirsk_Demand_Release_Of_Artist/1750495.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1743634.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Moscow\\_Demonstrators\\_Demand\\_Release\\_Of\\_Youth\\_Activist/1740814.html](http://www.rferl.org/Content/Moscow_Demonstrators_Demand_Release_Of_Youth_Activist/1740814.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Yekaterinburg\\_Protesters\\_Demand\\_Rights\\_Activists\\_Release/1734944.html](http://www.rferl.org/Content/Yekaterinburg_Protesters_Demand_Rights_Activists_Release/1734944.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Moscow\\_Police\\_Disperse\\_Protesting\\_Chornobyl\\_Veterans/1612771.html](http://www.rferl.org/Content/Moscow_Police_Disperse_Protesting_Chornobyl_Veterans/1612771.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Russia\\_Riot\\_Police\\_Break\\_Up\\_Gay\\_Protest\\_Arrests/1732939.html](http://www.rferl.org/Content/Russia_Riot_Police_Break_Up_Gay_Protest_Arrests/1732939.html),
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1604674.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Russian\\_Police\\_Detain\\_Journalists\\_Protesting\\_For\\_Back\\_Pay/1565300.html](http://www.rferl.org/Content/Russian_Police_Detain_Journalists_Protesting_For_Back_Pay/1565300.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Moscow\\_Police\\_Arrest\\_Khodorkovsky\\_Supporters\\_At\\_Court/1565089.html](http://www.rferl.org/Content/Moscow_Police_Arrest_Khodorkovsky_Supporters_At_Court/1565089.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Protesters\\_Demand\\_Lowering\\_Of\\_Russian\\_Utility\\_Fees/1563538.html](http://www.rferl.org/Content/Protesters_Demand_Lowering_Of_Russian_Utility_Fees/1563538.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Russians\\_Demonstrate\\_For\\_Release\\_Of\\_Young\\_Convict/1516792.html](http://www.rferl.org/Content/Russians_Demonstrate_For_Release_Of_Young_Convict/1516792.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Russian\\_Demonstrators\\_Express\\_Support\\_For\\_Regional\\_Media\\_Baron/1511844.html](http://www.rferl.org/Content/Russian_Demonstrators_Express_Support_For_Regional_Media_Baron/1511844.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/AntiGovernment\\_Protests\\_Hit\\_Russian\\_Far\\_East/1510296.html](http://www.rferl.org/Content/AntiGovernment_Protests_Hit_Russian_Far_East/1510296.html), 02.04.2010

- [http://www.rferl.org/Content/Russian\\_Opposition\\_Holding\\_March\\_Of\\_Dissent/1508808.html](http://www.rferl.org/Content/Russian_Opposition_Holding_March_Of_Dissent/1508808.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/ProKremlin\\_Youth\\_Activists\\_Hold\\_AntiKhodorkovsky\\_Rally/1509058.html](http://www.rferl.org/Content/ProKremlin_Youth_Activists_Hold_AntiKhodorkovsky_Rally/1509058.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1508198.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Communists\\_Hail\\_Soviet\\_Army\\_At\\_Moscow\\_Protest/1498017.html](http://www.rferl.org/Content/Communists_Hail_Soviet_Army_At_Moscow_Protest/1498017.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1492757.html>, 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1467112.html>, 02.04.2010
- <http://www.rsf.org/Seven-people-arrested-over-tribute.html>, 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/1379053.html>, 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Russian\\_Protesters\\_Decry\\_Psychiatric\\_Pressure\\_On\\_Believers/1376352.html](http://www.rferl.org/Content/Russian_Protesters_Decry_Psychiatric_Pressure_On_Believers/1376352.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Four\\_Protesters\\_Detained\\_At\\_St\\_Petersburg\\_March\\_Of\\_Consent/1374746.html](http://www.rferl.org/Content/Four_Protesters_Detained_At_St_Petersburg_March_Of_Consent/1374746.html), 02.04.2010
- [http://www.rferl.org/Content/Opposition\\_Activists\\_Detained\\_At\\_St\\_Petersburg\\_Tax\\_Protest/1368161.html](http://www.rferl.org/Content/Opposition_Activists_Detained_At_St_Petersburg_Tax_Protest/1368161.html), 02.04.2010
- <http://www.rferl.org/articleprintview/2000057.html>, 02.04.2010
- <http://blog.boell-net.de/blogs/russland-blog/archive/2010/01/31/keine-demonstrationsfreiheit-in-russland-proteste-gegen-die-aush-246-hlung-der-verfassung.aspx>, zu den Protesten vom 31.01.2010, gelesen am 02.04.2010

**b) Berichte:**

Amnesty International: Russian Federation. Rule Without Law: Human Rights Violations in the North Caucasus, July 2009.

International Displacement Monitoring Centre: Russian Federation, Monitoring of IDPs and returnees needed, 12.10.2009.

Human Rights Watch: "Who will tell me what happened to My Son?", Russia's Implementation of European Court of Human Rights Judgments on Chechnya, September 2009.

Bjulleten' Pravozažitnogo Zentra "Memorial" Situazija v zone konflikta na Severnom Kavkaze, Zima 2008-2009 g.

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Nordkaukasus: Sicherheits- und Menschenrechtslage, Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan von Urs Rybi, Berlin, 25. November 2009.